

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Samstag,
29. März 1879.
Auflage
für die Expedition in
Leipzig zu senden.
Insertionsgebühr
für die Spaltenposte 20 Pf.
unter Eingesch. 30 Pf.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! •

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung. Alle auswärtigen Abonneuten (die bisherigen wie neuereintretende) werden ersucht, ihre Bestellungen auf das nächste Vierteljahr baldigst bei den betreffenden Postämtern aufzugeben, damit keine Verzögerung in der Versendung stattfinde. Der Abonnementsspreis ist beträgt vierteljährlich 7 M. 50 Pf.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sucht ein treues Bild der Zeitgeschichte zu liefern und den täglich in reicher Fülle zuströmenden Stoff ihren Lesern in möglichster Ausführlichkeit und doch in gesichteter Auswahl darzubieten. Sie nimmt in dieser Beziehung eine Mittelstellung zwischen den noch umfangreicheren Zeitungen und den Provinzial- oder Localblättern ein, und glaubt damit den Wünschen eines großen Theils der Zeitungsleser nachzukommen. Für die nächste Zeit werden außer den allgemeinen Angelegenheiten Europas und der andern Welttheile insbesondere die Verhandlungen des Deutschen Reichstages vielseitigen Stoff der Berichterstattung und Besprechung bieten.

Die politische Richtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird nach wie vor dieselbe sein: sie ist ein entschieden freisinniges, nach allen Seiten unabhängiges Blatt, das seine Überzeugung offen und rücksichtslos vertheidigt, aber auch den Gegnern Gerechtigkeit widerfahren lässt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint nachmittags 4 Uhr, resp. (mit telegraphischen Börsenberichten) 5½ Uhr. Nach auswärts wird sie mit den nächsten nach Erscheinen jeder Nummer abgehenden Posten versandt.

Insätze sind durch die Deutsche Allgemeine Zeitung, welche zu diesem Zwecke von den weitesten Kreisen und namentlich von den größten industriellen Instituten regelmäßig benutzt wird, die allgemeinsten und zweitwichtigsten Verbreitung; die Insertionsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Zeile unter „Ankündigungen“ 20 Pf., einer dreimal gespaltenen unter „Eingesandt“ 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 27. März. Ueber den Tod des Prinzen Waldemar wird weiter gemeldet: „Am Montag erkrankte der Prinz scheinbar an einem nur leichten Diphtheritisanzfall, welcher bis gestern Abend zu ernsten Besorgnissen keine Veranlassung gab. Gegen 11½ Uhr nachts trat jedoch in dem Besinden eine derartige Verschlimmerung ein, daß die behandelnden Aerzte sich veranlaßt fühlten, v. Langenbeck hinzuzuziehen. Gegen 3½ Uhr trat der Tod infolge einer Herzähmung ein. Im Laufe des heutigen Tages erschienen zahlreiche Personen aller Stände im Kronprinzenpalais, um ihre Theilnahme durch Eintrag ihres Namens in die ausgelegten Büchern zu bekunden.“ (Wiederholte)

* Berlin, 27. März. Se. Maj. Kanonenboot Albatros, 4 Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Mensing I., ist am 25. März in Auckland eingetroffen.

* Kosten. 27. März. Rittergutsbesitzer v. Chlapowski, Senior des Herrenhauses, ist in der vergangenen Nacht auf seinem Gute Bureni gestorben.

* Wien, 27. März. Das Herrenhaus hat den Gesetzentwurf betreffend die Begebung von 100 Mill Goldrente angenommen. Die vom Grafen Leo Thun gegen den Gesetzentwurf gerichteten Angriffe waren vom Ministerpräsidenten v. Stremayr energisch zurückgewiesen worden.

Petersburg, 26. März. Das auf der Konstanziopeler Conference aufgetauchte und vor kurzem wieder angeregte Project der eventuellen Occupation Osttimoriens durch die Truppen einer oder mehrerer neutraler Mächte ist vollständig aufgegeben. (Polit. C.)

* Wien, 27. März. Die Meldung der Politischen Correspondenz, wonach die Occupation Osttimoriens durch Truppen neutraler Mächte aufgegeben sei, bedarf eines Commentars. Unter „neutralen Mächten“ versteht die betreffende Meldung nämlich die Kleinstaaten, welche den Berliner Vertrag nicht unterzeichneten, somit ist also das Project, belgische

oder ähnliche Truppen für die Occupation Osttimoriens zu verwenden, aufgegeben, dagegen widerspricht die Meldung der Politischen Correspondenz keineswegs der gemischten Occupation durch neutrale großmächtliche Truppen, was bereits principiell angenommen ist. — In Galizien haben abermals sozialistische Verbündungen stattgefunden. Polnische Blätter behaupten, Agenten der Berliner Criminalpolizei seien in Lemberg eingetroffen, um die bezüglichen Maßnahmen der österreichischen Gerichte kennenzulernen.

* Budapest, 27. März. Das Abgeordnetenhaus hat heute bei namentlicher Abstimmung den Gesetzentwurf betreffs Inaktivierung des Berliner Vertrags mit 208 gegen 154 Stimmen angenommen.

* Bern, 27. März. Der Nationalrat nahm heute nach zweitägiger Debatte in namentlicher Abstimmung mit 65 gegen 62 Stimmen den Antrag Burckhardt-Basel auf Ablehnung jeder Revision des Art. 65 der Verfassung an. Der Nationalrat hat somit den vom Ständerat gefaßten Beschuß auf Wiedereinführung der Todesstrafe abgelehnt.

* Rom, 27. März. Infolge der am Sonntag zu Mailand stattgefundenen Ruhestörungen hat die dortige Gerichtsbehörde die Auflösung des Vereins der republikanischen Universität beschlossen.

* Paris, 26. März. Eine im heutigen Journal officiel veröffentlichte scharfe Buretwiesung des Bischofs von Grenoble, der einen Hirtenbrief voller heftiger Angriffe gegen die Herrschaften Unterrichtsgesetze und gehässiger Unterstellungen über die Pläne der Regierung wider die Kirche erlassen hatte, seitens des Ministers Lepere macht großes Aufsehen und findet allgemeine Billigung. Die Petitionsbewegung der Clericalen ist in vollem Gange. Ultramontane Blätter bringen einen Aufruf an die Katholiken, der von sechs Bischöfen, dem bekannten Bischof Freppel an der Spitze, unterzeichnet ist und womit zu Protesten gegen die Herrschaften Gehebe aufgefordert wird. — Der gegenwärtige Nuntius in München, Msgr. Masella, gilt als Nachfolger des hiesigen Nuntius, Msgr. Maglia, welcher im nächsten Cons-

istorium zum Cardinal ernannt werden soll. — Die Agence Havas demonstriert die Nachricht von der bevorstehenden Ersetzung des hiesigen russischen Botschafters Fürsten Orlow durch den General Ignatiew.

* Paris, 27. März. Präsident Grévy begab sich heute Nachmittag 1½ Uhr nach der englischen Botschaft, um der Königin Victoria einen Besuch abzustatten. Die Königin hat nachmittags 4½ Uhr mittels Separatzuges ihre Reise nach Italien auf dem Wege über Modane fortgesetzt.

* London, 28. März. Eine Meldung des Standard aus Kalkutta vom 27. März zufolge zeigte Cavagnari dem Viceregalen an, daß die Friedensverhandlungen mit Jakub Khan gescheitert sind und der sofortige Marsch der Truppen gegen Kabul angeordnet worden ist.

* Bukarest, 27. März. Die Professoren der hiesigen medicinischen Facultät bereiten dem Professor Birchow aus Berlin auf seiner Durchreise nach Troja warme Ovationen.

* Ruschuk, 25. März. Der Aufstand in Macedonien ist wieder ausgebrochen. Die nördlich von Nikopol im Karathohale gelegenen Dörfer Blabie, Brezniza, Gradechniza, Rumeniza, Beliza, Dschurut, Telechniza und Osawa sind insurgenz. Die Insurgenten zählen 7000 Mann, sind mit Martinigewehren bewaffnet und führen zwei Gebirgskanonen mit sich. (Wien. Presse.)

* Wien, 27. März. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel von gestern: „Muhtar-Pascha ist aus Prevesa abberufen und im Hinblick auf die neuen Versuche, auffändische Bewegungen in Macedonien hervorzurufen, zum Gouverneur und Obercommandanten des Armeecorps im Monastir ernannt worden.“

* Washington, 26. März. Zum Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin soll Andrew de White designiert sein.

Musikalisches aus Leipzig.

** Leipzig, 28. März. Gestern fanden die allwinterlich im Saale des Gewandhauses stattfindenden Abonnementconcerte für diese Saison ihren Abschluß. Das besagte Concert war eins der gehaltvollsten des ganzen Winters, denn in Rücksicht auf den Todestag Beethovens (26. März 1827) hatte man nur Compositionen dieses Meisters auf das Programm gesetzt, für den ersten Theil die Musik zu Goethe's Trauerspiel „Egmont“, für den zweiten die Symphonie Nr. 5 in C-moll. Die verbündeten Mosengeil'schen Worte zwischen den einzelnen Nummern der „Egmont“-Musik wurden von dem königl. sächsischen Hoffzimmerspieler Jäffé in angemessener, würdevoller Weise gesprochen; die beiden Lieder „Die Trommel geröhret!“ und „Freudvoll und leidvoll“ sang Fr. Schotz aus Dordrecht verständigvoll und mit schöner Gesangs-wärme. Fr. Schotz wird besonders auf ihre Atemföhrung noch recht sorgfältiges Studium verwendet haben, welche noch keineswegs correct ist und jedenfalls der Hauptgrund sein dürfte, daß viele Töne ihrer sonst ziemlich kräftigen Stimme einen rauen, hohen und kränkhaften Beifall haben. Wir glauben die talentvolle Sängerin auf diesen Uebelstand aufmerksam machen zu müssen, da derselbe meist einen frühzeitigen Ruin der Stimme zur Folge hat.

Kommen wir nun auf das Orchester, welches der Hauptträger des ganzen Concerts war, so ist von denselben nur Rühmliches zu sagen. Dasselbe bot schon in der „Egmont“-Musik, abgesehen von einzelnen kaum bemerkenswerthen versteckten Verschenen, ganz Vor-

tressliches, und es ist nur zu bedauern, daß Hrn. Hinke in seinem Oboeholo (Nr. 6) einige Kleinigkeiten nicht so ganz nach seinen Intentionen glückten. Ganz Vollendetes gab das Orchester in der C-moll-Symphonie. Hier war wiewohl ein Zug der Begeisterung vom Anfang bis zum Ende, sodass des Beifallsjubels am Schlusse kein Ende war und Fr. Kapellmeister Reinecke, als Vertreter des Orchesters, sich genöthigt sah, wiederholt vor dem Publikum zu erscheinen.

Werfen wir einen Blick zurück auf die Concerte der verschloßenen Saison, so haben wir auch dieses Jahr wieder so manchen herrlichen Kunstreiz zu verzeichnen, den uns unsere vortreffliche Gewandhauskapelle bereitete. Wir haben den Herren derselben zunächst unsern Dank und unsere rückhaltlose Anerkennung dafür auszusprechen, daß sie selbst unter so erschwerenden Verhältnissen wie den dieswinterlichen die künstlerische Hingabe und die Berufsfreudigkeit nicht verloren haben, so oft es galt, zur Verwirklichung hoher idealer Aufgaben nicht selten die letzten Kräfte einzufügen. Desgleichen müssen wir der künstlerischen Oberleitung des Hrn. Kapellmeisters Reinecke rühmend danken, der als umsichtiger, geschickter Steuermann das Fahrzeug stets sicher durch Brandung und Klippen zu lenken wußte.

Um „Redaktionsschalter“ der Deutschen Verkehrszeitung finden wir die nachstehenden interessanten Mitteilungen: „Die Schweden hatten im Dreißigjährigen Kriege in den von ihnen besetzten Theilen Deutschlands unter Verwendung von Dragonern eine Art von Feldpostdienst zur Herstellung der Verbindung zwischen den Standorten der einzelnen Truppenteile mit dem Hauptquartier sowie mit der Heimat eingerichtet. Diese schwedischen Dragoner, welche

sich ohne Zweifel auch wohl mit der Mitnahme von Briefen an und von Privatpersonen beschäftigen, erhielten im Munde des Volks die Bezeichnung „Postchweden“; daher röhrt der jetzt noch hier und da herzwie angewandte Ausdruck. Die Bezeichnung „Schwager“ für Postillon ist auf das französische „chevalier“ zurückzuführen. In der Schweiz, in der Gegend von Chur namentlich, wo die Sprachen der Deutschen und Welschen sich mischen — daher der Ausdruck „Kanderwelsch“, d. i. churisches Italienisch — wurde „chevalier“ leicht „Schwager“; daraus entstand „Schwager“ als Anrede für einen Postillon.“

— Aus Indien wird eine wichtige geographische Entdeckung gemeldet. Der Lauf des Sanput oder großen Flusses von Tibet ist von einem eingeborenen Erforschungsreisenden vom indischen geographischen Departement bis 200 Meilen östlich von Chetang vermessen worden, der entfernteste Punkt, welcher bisher nach jener Richtung hin verfolgt wurde. Hier verschwand der Fluss zwischen einigen Hügeln, in welche der Reisende nicht einzudringen vermochte. Dies löst die bisherigen Zweifel des Geographen über die Identität des Sanput und Brahmaputra.

— Vom 1. Oct. d. J. an (mit dem an diesem Tage erfolgenden Inkrafttreten der neuen Reichs-Zivilgesetze) soll in Leipzig, in Commission bei Hugo Voigt, ein populäres, allgemein verständliches Handbuch zur eigenen Belehrung und selbständigen Bearbeitung gerichtlicher Angelegenheiten unter dem Titel „Der Rechtsverständige“ erscheinen, herausgegeben von dem Justiziarzts C. Lundberg in Leipzig.

— Wieder ein Beitrag zur Einbürgung der Reichs-Zivilgesetze! Das Schriften heißt: „Das Strafverfahren nach der Deutschen Strafprozeß-Ordnung vom 1. Febr. 1877. Dargestellt von Neves, Appellationsgerichtsrath“ (Berlin, Karl Heymann's Verlag).

— Der Präsident der Königlichen Akademie der Künste in Berlin, Geh. Regierung- und Baurath H. B. B. beginnt am 26. März sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum.

Der Trauersfall im Kaiserhause.

* Leipzig, 28. März. Nicht blos in Momenten der Freude und des Glücks äußert sich lebhaft erregt das warme Mitgefühl einer ganzen großen Nation mit den Geschöpfen seiner Väter und zeigt es sich in wohltuendster Weise, wenn Krone und Volk Eins sind in gegenseitiger herzlicher Gefügung, sondern ebenso, ja noch mehr, in Stunden des Unglücks und der Trauer.

So ist es heute in Deutschland. Raum hat das deutsche Volk in allen Gauen dem ehrwürdigen greisen Kaiser glückwünscht und huldigend zugejaucht und noch ist das Echo nicht verhallt von den mannsfachen festlichen Tönen zur Feier des kaiserlichen Geburtstages, da zittert ein wehmuthsvoller sympathischer Ruf schmerzlichen Mitgefühls weithin durch die deutschen Lände, denn das Kaiserhaus ist in schwere Trauer versetzt; aus dem schönen Krause hoffnungsvoller Kinder, welche den Kaisersohn, den allverehrten Kronprinzen des Deutschen Reiches, umgeben, ist eine zarte Blüte gefallen, durch das traurige Familienleben des erlauchten Hauses geht ein tiefer Riß.

Während die beiden ältesten Söhne, fern vom Aelternhause, sich jeder in seiner Weise auf ihren künftigen hohen Beruf vorbereiten, war dieser dritte, Prinz Waldemar, die Freude der erlauchten Aeltern daheim. Und nun ist er ihnen entrissen — in einem Alter, wo schon Geist und Gemüth sich zu schöner Blüte entfaltet hatten, entrissen durch dieselbe heimtückische Krankheit, der unlängst erst eine geliebte Schwester der erlauchten Kronprinzessin, die Großherzogin von Hessen, zum Opfer gefallen.

Für solche Verluste gibt es so wenig auf oder noch so nahe am Throne wie in der Hütte andere Trostungen als die der Religion, der gegenseitigen Liebe und der allmählich sänftigenden Macht der Zeit; aber wohltuend wird es sicherlich dem hohen Kaiserhause sein, das ja durch keine Schranken Falter Eileite sich vom Volke scheidet, zu wissen und zu hören, daß Millionen Herzen im großen deutschen Vaterlande jetzt mit ihm trauern, wie sie zuvor mit ihm sich freuten und wie sie mit ihm sich freuen werden über den Segen, der hoffentlich, walt' es Gott! nur in um so reicheren Maße auf dessen übrige Kinder sich niedersenken wird.

Aus Berlin schreibt man über das schmerzhafte Ereignis:

N.L.C. Berlin, 27. März. Raum hatte die Kronprinzessin den ersten Schmerz über den Verlust überwunden, der ihr älterliches Haus getroffen, da reiste ihr derselbe thätsiche Feind, der ihr die Schwester genommen, den blühenden Sohn vom Herzen! Es ist der herbstliche Schlag, der das kronprinliche Ehepaar treffen konnte. War es doch so natürlich, daß die Aeltern mit ganz besonderer Liebe gerade an diesem Kinde hingen! War ihnen doch einst die Geburt des Prinzen Waldemar ein lindernder Balsam gewesen für die Wunde, welche ihnen der Tod des Prinzen Sigismund geschlagen. Nun ist auch dieser Trost genommen, ohne daß ihnen auch nur vergönnt wäre, den einen der ihnen noch verbleibenden zwei Söhne an der Bahre des Hingeschiedenen ans Herz drücken zu können; Prinz Heinrich weilt in weiter Ferne jenseit des Weltmeeres. Und welch neues bitteres Leid ist dem vielgeprüften Kaiser beschieden! Eben noch hörte die Nation die freudige bewegten Danlesworte des geliebten Monarchen, und inzwischen empfängt verselbe bereits von der in Berlin versammelten Vertretung der Nation die Beileidsbezeugung zu einem erschütternden Familieneigniss!

Der Reichstag erhob sich in ehrerbietigem Schweigen, als Präsident v. Forckenbeck am Beginn der heutigen Sitzung mit bewegter Stimme die Trauerkunde mittheilte und um die Ermächtigung bat, den Majestäten und dem kronprinzipialen Aelternpaare die Gefühle des Hauses zu übermitteln. Eine würdigere Kundgebung ist im Reichstage nie geschenken worden; ganz unwillkürlich, wie sie war, brachte sie die Stimmung nur um so ergreifender zum Ausdruck. Und wir sind überzeugt, diese Stimmung ist die Stimmung des ganzen deutschen Volkes. Das Leid, das unserm geliebten Kaiserhause widerfährt, es wird mitempfunnen bis in die lechte Hütte der weiten Gauen unsers Vaterlandes. Möchte diese Thatsache der allgemeinen Trauer dem schwer heimgesuchten Aelternpaare ein wenn auch nur schwacher Trost sein können! Möchte sie dem greisen Kaiser die neue Prüfung erleichtern helfen! Wohl wissen wir, daß in diesem gottergebenen Herzen ein Gefühl verzweifelnden Unmuths keine Stätte findet. Aber unabwendbar ist auch für Kaiser Wilhelm's starke Seele der rein menschliche Kummer ob der dunklen Wolken, die ihm immer von neuem den hellen Lebensabend verdüstern. Sorgen wir, wir alle, dafür, daß durch den Wollenshleier trotz allem und allem der wohltuendste Sonnenstrahl hindurchbreche, der Sonnenstrahl der Liebe eines treuen Volkes!"

„X Berlin, 27. März. Ein schwerer Trauersfall hat unser kronprinzipialen Haus getroffen. Heute früh gegen 4 Uhr starb der elfjährige, dritte und jüngste Sohn

des kronprinzipialen Paars, Prinz Waldemar. Die ganze Stadt widmet den hohen Aeltern die herzlichste Theilnahme. Der Prinz, der am vorigen Sonntag noch gesund einer Kindergesellschaft beiwohnte, erkrankte am Montag an einer Halssyphilitis, welche jedoch anfangs sehr mild auftrat, sodass man noch gestern ohne Besorgniß um das theneure Leben des Prinzen war. Erst gestern gegen Abend zeigte sich eine acute Wendung in der Krankheit, sodass der Geheimrat Dr. Langenbeck mit den hohen Aeltern die Nacht über bis gegen 3 Uhr bei dem Kranken blieb. Eine unmittelbare Gefahr schien aber auch jetzt nicht vorhanden, Aeltern und Arzt glaubten darum, sich von dem Kranken entfernen zu dürfen, wurden aber bald wieder zurückgerufen, weil in dem Aussehen des Prinzen eine bedenkliche Aenderung eintrat, auf welche denn auch nach einer halben Stunde der Tod erfolgte. Der junge Prinz war überaus wohlbegabt und berechtigte zu den schönsten Hoffnungen."

Vom Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 27. März. In der gestrigen Abendsitzung erhielt in der Fortsetzung der Debatte über die Kosten zur Erwerbung eines Grundstückes für das Gesundheitsamt (312000 M.) zunächst Abg. Dr. Mendel das Wort:

Seiner Ansicht nach sei das Gesundheitsamt nicht dazu da, um Untersuchungen, wie sie z. B. über Bitterstoffe im Bier, Farbstoffe im Wein und mineralische Beimischungen des Brotes angestellt seien, vorzunehmen. Das Amt müsse Informationen über solche Dinge anderweitig einholen, nicht selbst beschaffen. Es müsse sich von allgemeinen Gesichtspunkten aus mit der öffentlichen Gesundheitspflege, besonders mit den organisatorischen Fragen beschäftigen, nicht mit minutösen Untersuchungen.

Abg. Dr. Zinn:

Er hiele die Befürchtung des Vorredners, daß sich das Laboratorium des Gesundheitsamtes ins Unendliche erweiter und großen Aufwand verursachen werde, nicht; das Amt habe nur die Resultate der Wissenschaft für die Gesetzgebung nutzbar zu machen gesucht. Die Wissenschaft der preußischen Medicinalbehörden, die der Abg. Mendel so sehr gelobt habe, sei eine beratige gewesen, das man in neuerer Zeit an eine gründliche Reform denke. Das Gesundheitsamt werde aus der Praxis heraus, nicht nur vom Grünen Tisch aus decretieren. Er bitte deshalb, die Position zu bewilligen.

Die Position wird darauf gegen die Stimmen des Centrums (mit Ausnahme des Abg. Reichenberger-Krefeld) und der Fortschrittspartei genehmigt.

Auf den Antrag der Budgetcommission werden einzelne Einnahmeposten höher angezeigt, als im Etat vorgesehen ist. Der Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank wird von 1,500000 M. auf 2,100000 M., die Überschüsse aus früheren Jahren werden von 1,050000 M. auf 1,130000 M., die Ersparnisse an den von Frankreich für die Occupationstruppen gezahlten Verpflegungsgeldern von 4,120000 M. auf 4,275811 M. erhöht; neu eingestellt werden 764188 aufgekommene und noch unverwendete Zinsen für Rechnung des Anteils des vormaligen Norddeutschen Bundes, Badens und Südhessens und 598814 M. Kapitalüberschüsse von den verzinslichen Anlagen der Kriegskostenentschädigung.

Die Budgetcommission schlägt in Betreff des allgemeinen Pensions- und des Reichs-Invalidenfonds ein besonderes Gesetz vor, in welchem zunächst für letzten der Termin, bis zu welchem die Eisenbahnen-Präferitätsobligationen aus seinen Fonds entfernt sein sollen, bis zum 1. Juli 1885 erfrekt wird; sodann sollen dem Invalidenfonds weitere Belastungen zugewiesen werden, und zwar 1) die bisher aus dem allgemeinen Pensionsfonds gezahlten Pensionen ehemaliger französischer Militärs; 2) die bisher aus dem Etat für die Verwaltung des Reichsheeres gedeckten Kosten der Invalideninstitute. Ebenso sollen die Ausgaben des kaiserlichen Dispositionsfonds zur Unterstützung d. Witwen und Kindern der Invaliden und Gebliebenen von 1870/71 bis zur Höhe von 350000 M. aus dem Reichs-Invalidenfonds bestritten werden.

Reichsflanzleramtspräsident Hofmann erklärt sich mit diesem Vorschlage bezüglich der Terminterrichtung so wie betreffs der Nr. 1 der Neubelastung des Invalidenfonds einverstanden; in Bezug auf die andern Punkte dürfte vielleicht ebenfalls die Zustimmung der verbliebenen Regierungen zu erwarten sein, obgleich es sich dabei nicht um abnehmende, sondern um feststehende und sich gleichbleibende Ausgaben handle.

Das Haus genehmigt mit den aus diesem Gesetz folgenden Änderungen die Etats des allgemeinen Pensions- sowie des Reichs-Invalidenfonds, vorbehaltlich der Feststellung der Besserungen.

Das Etatgesetz wird vorbehaltlich der Feststellung der Besserungen mit dem Busse genehmigt, daß die Vertheilung der Matricularbeiträge, deren Höhe ebenfalls erst nach den Beschlüssen des Hauses berechnet werden muß, durch besondres Gesetz geregelt werden soll. Nach der Neufassung des Referenten Nidert werden sich die Matricularbeiträge gegen den Etatvoranschlag um 16,900000 M. vermindern, also gegen die im

vorigen Etat angesetzte Summe um circa 3 Mill. M. erhöhen. Außerdem sollen statt 40 Mill. M. wie im Gesetze vorgeschlagen, nur 24 Mill. M. Schatzanweisungen zur Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichshauptkasse ausgegeben werden.

Endlich genehmigt das Haus das Anleihegesetz mit der Gesamtbilanz von 63,148571 M., statt der geforderten 64,308422 M.

Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet.

○ Berlin, 27. März. Die heutige Sitzung eröffnet Präsident Dr. v. Forckenbeck mit folgender Mittheilung, die das Haus stehend entgegennimmt:

Meine Herren! Es ist mir eine plötzliche Trauerschicht zugegangen, die uns alle auf das tiefste und schmerzlichste berührte. Prinz Waldemar, Sohn Sr. Kaiserl. und Königl. Hoh. des Kronprinzen, ist heute nach kurzem Krankenlager in früher Morgenstunde verstorben. Das Präsidium des Reichstages wird — und ich darf voraussehen, im Einverständnis mit dem ganzen Hause — die einleitenden Sätze treffen, um die tiefe Theilnahme des Reichstages an diesem schmerzlichen Verluste Sr. Maj. dem Kaiser, Ihrer Maj. der Kaiserin, Sr. Kaiserl. und Königl. Hoh. dem Kronprinzen sowie Ober Kaiserl. und Königl. Hoh. der Frau Kronprinzessin auszudrücken. (Zustimmung.)

Die Commission zur Vorberathung des Antrages des Abg. v. Schöndorff wegen Abänderung der Gewerbeordnung hat sich constituit und zu Vorsitzenden die Abg. Ritter und Dr. Frhrn. v. Herling, zu Schriftführern die Abg. Schmid und Holzmann gewählt.

In die Commission für den Antrag des Abg. Stumm: Errichtung obligatorischer Invaliden-rc. Kassen, ist statt des ausgeschiedenen Abg. v. Schendawenczyn der Abg. Wickmann gewählt.

Der Reichsflanzler zeigt an, daß in Gemäßigkeit des Reichstagsbeschlusses das beim Berliner Stadtgericht gegen den Abg. Friesche schwedende Strafverfahren für die Dauer der laufenden Session eingesetzt ist.

Hierauf tritt das Haus in die Fortsetzung der am Freitag begonnenen Berathung des Antrags der Abg. Schneegas, North, Dr. Rack und Loretti auf Errichtung einer selbständigen Regierung in Elsaß-Lothringen.

Zur Geschäftsortordnung bemerkte zunächst Abg. Kable, daß seine am Freitag verlesene Erklärung von den 11 Abg. Bezançon, Dollfus, Germain, Gras, Guérard, Heckmann, Jaune, Kable selbst, Schmitt-Batissen, Simonis und Winterer, also von der sogenannten Protestpartei, unterzeichnet ist.

Bundesbevollmächtigter Unterstaatssekretär Herzog.

Meine Herren! In seiner neulichen Rede hat der Herr Reichsflanzler gesagt, es würde mir vorbehalten bleiben, auf die Einzelheiten der Kritik einzugehen, welche der Abg. Schneegas neulich von den Zuständen im Reichslande entworfen hat. Es ist unrichtig, daß das Reichsflanzleramt für Elsaß-Lothringen sich allmählich zu einem Ministerium entwickelt, in steter Erweiterung seines Geschäftskreises sich dann zwischen den Reichsflanzler und den Oberpräsidenten als oberste Verwaltungsbörde eingeschoben und unter Zurückdrängung des Oberpräsidenten die Centralleitung der Geschäfte an sich gerissen habe. Die Abtheilung hat seit ihrer Begründung eine Ressorterweiterung nicht erfahren, selbst ihr Personalbestand ist unverändert geblieben, soweit nicht das Reichs-Eisenbahnamt eine Vermehrung nötig machte. Nur die oberste Justizverwaltung, für welche der Reichsflanzler als Justizminister verantwortlich bleibt, ist 1876 an die Justizabteilung des Reichsflanzleramts übergegangen. Es ist aber auch hier nirgends eine Änderung eingetreten in dem Verhältnisse der Abtheilung zu dem Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen. Was von einer Berliner und Straßburger „Doppelregierung“, die sich wechselseitig entgegenarbeitet, gesagt wurde, ist nicht richtig. Der Oberpräsident des Reichslandes hat die Ausführung der Gesetze und Verordnungen zu überwachen, für eine regelrechte Verwaltung zu sorgen und die Entscheidung bei entstandenen Meinungsverschiedenheiten der ihm untergeordneten Behörden zu geben. So ist die Einheitlichkeit der Verwaltung genügend garantiert. Es sind dem Oberpräsidenten Besigkeiten beigegeben, welche in andern deutschen Staaten nur Minister haben, und seine Machtvollkommenheiten gehen über den Kreis der Macht, die z. B. einem preußischen Oberpräsidenten innerwohnt, sogar weit hinaus. Er hat die Verwaltung des Innern, einschließlich der Polizei, mit Ausnahme der Reichs-Eisenbahnen zu führen; Handel, Gewerbe, Cultus und Unterricht (mit Ausnahme der dem Reichsflanzler unterstellten Universität) gehören zu seinem Ressort, ebenso die Finanzverwaltung, die direkten Steuern und das Kassenwesen. Für den Reichsflanzler, also für die unmittelbare Verwaltung in der Ministerialinstanz, bleibt also nur noch das Auswärtige, die Militärangelegenheiten, die ihrer Natur nach eine Mitwirkung der obersten Instanzen bedürfen. Außerdem ist dem Reichsflanzler die Sorge für Forsten und Bergbau überlassen. Es liegt ihm außerdem ob, Gesetzentwürfe vorzubereiten und zu vertreten. Er hat sodann das Recht, über Beschwerden in oberster Instanz zu entscheiden und an den Oberpräsidenten allgemeine Instructionen zu erlassen. Aber von allen Eingängen des Reichsflanzleramts für Elsaß-Lothringen bilden die eintaufigen Beschwerden kaum 3 Proc. Auch von dem Rechte, allgemeine Instructionen zu erlassen, ist nur ein sparhafter Gebrauch gemacht worden.

Aus allen diesen Verhältnissen ergibt sich klar, daß der Schwerpunkt und Mittelpunkt der Verwaltung nicht hier in Berlin ist, und daß die gegenwärtige Behauptung auf ungünstiger Information beruht. Ebenso wenig kann ich gelten lassen, was über die allzu große Häufung der Anzeigen gesagt ist. Vor allem ist der Bundesrat nicht als eine Verwaltungsinstitution für Elsaß-Lothringen zu betrachten. Die Regierung hat stets eine Decentralisation im Reichslande herbeizuführen gesucht, nicht bloß in Bezug auf die

beamtenh
liche Selbst
ip mehrfa
est vom Pe
mit nicht f
und schön
in den Pe
Söch Wö
die Landes
Reichsland
vor allem
Man war
wo man si
vern, wen
Es ist zu
beamten
französisch
mit erklä
völkerung
darf man
die deutsc
so mehr n
mit großer
ires Amt
und darum
Es gäbeln e
waltungsz
zu, daß ei
desauschaf
stet; abe
desauschaf
ist, die Re
nicht auf
darin, da
zialfälle,
dentrei ge
welcher Ge
Die Vertr
schuldigt a
vertreibig
Hand hab
der Nebe
Geschen
die Regie
tabula ra
der größte
den Rech
waren, u
dern Ver
wurde der
Proceess
Unkennt
zwischen
bequemli
wohlgeorb
helfen.
Der 1
zwar mit
blides he
gegengleic
widlung auf
auf die g
lichen Si
die politi
bereits in
im Jahre
im Jahre
dem selbe
angestreb
führungen
nicht we
genügen.
Abg.
eine Er
dass die
mals ge
Abg.
genannte
Schrift
Trennu
spricht.
James B
gemeinsc
Abg.
Bunsch
namente
als isel
pliqtur
Die
landen i
Sie hat
gefeielt.
Der So
aus dem
rungen
punkt fi
die deut
negativ
erfreuli
Regieru
schütt
vegelein
Kampf
treter
gegen
Reiches
Roths
wechselt
ab und
leiten e
irgende
gruenz
tanten
Lebter

Beamtenhierarchie, sondern auch in Bezug auf die bürgerliche Selbstverwaltung. Ein Gesetzentwurf in letzterem Sinne ist mehrfach dem Landesausschusse zugegangen, aber ebenso oft vom Landesausschusse abgelehnt worden. Ich will das mit nicht sagen, als ob in der Verwaltung alles herrlich und schön sei, es gibt ja gewiß Mängel, im System und in den Personen, doch das ist Ausnahme und nicht Regel. Solche Mängel zu beseitigen ist sowohl die Central- wie auch die Landesregierung eifrigst bemüht. Als Deutschland die Reichslande übernahm, stand es fast alle Amtier verwaist, vor allem nicht willkürliche Beamte in hinreicher Anzahl. Man war deshalb genötigt, die Beamten da zu nehmen, wo man sie fand, und da ist es denn wolt zu verwundern, wenn hier und da sich Missgriffe herausgefunden haben. Es ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung vielfach den Beamten unfeindlich entgegenkommt, welchen zudem oft die französische Sprache nicht geläufig war; dadurch wird es mit erklärlich, daß Reibungen zwischen Beamten und Bevölkerung vorkommen sind, aber um gerecht zu urtheilen, darf man eben nicht vergessen, daß die Schwierigkeiten für die deutschen Beamten ganz außerordentliche waren, und um so mehr muß anerkannt werden, daß alle Landesbeamten mit großer Freude und vollstem Verständnis der Pflichten ihres Amtes wachten. Seit acht Jahren kenne ich die Menschen und die Verhältnisse der Reichslande und halte ich es darum für meine Pflicht, dies ausdrücklich zu erklären.

Es ist ja nicht zu leugnen, daß sich bei der Verwaltung Mängel ergeben haben, aber in der Organisation der Verwaltungsweige nicht. Ich stimme dem Abg. Schneegans zu, daß eine große Schwierigkeit darin liegt, daß dem Landesausschusse kein verantwortliches Ministerium gegenübersteht; aber es ist doch zu berücksichtigen, daß, wenn der Landesausschuss auch kein beschließender Factor der Gesetzgebung ist, die Regierung sich doch an seine Beschlüsse hält und ihn nicht aufzulösen kann. Eine andere Schwierigkeit liegt auch darin, daß der Reichskanzler verpflichtet ist, über alle Spezialfälle, welche zum unmittelbaren Gegenstand des Oberpräsidenten gehören, dem Reichstag Rechenschaft zu geben, in welcher Form sie auch zur Sprache gebracht werden mögen. Die Vertreter der Regierung laufen dabei Gefahr, angeklagt zu werden, ohne in der Lage zu sein, sich sogleich verteidigen zu können, da sie eben das Material nicht zur Hand haben. Der Abg. Schneegans hat hingewiesen auf das Nebeneinanderbestehen von deutschen und französischen Gesetzen, er hat das als einen „Wermut“ bezeichnet. Aber die Regierung konnte nach der Annexions doch unmöglich indula rass mit den französischen Gesetzen machen, das wäre der größte Fehler gewesen. Ränderungen in dem bestehenden Recht sind nur da getroffen worden, wo sie unerlässlich waren, und überall blieb die Rücksichtnahme auf die besondern Verhältnisse des Landes maßgebend. Aber belassen wurde dem Lande das frühere bürgerliche Recht, das alte Prozeßrecht, die frühere Steuerbefreiung. Gewiss hat die Unkenntnis der Gesetze, das oft nicht zweifelose Verhältnisse zwischen dem früher und heute geltenden Recht einige Unbegrenlichkeit mit sich gebracht, aber die Zeit und eine wohlgeordnete Rechtslage werden auch über diese hinweghelfen.

Der Abg. Schneegans hat nur die Schattenseiten und zwar mit großem Geschick und mit Vermeidung jedes Rückschlusses hervorgehoben. Mit Leichtigkeit vermögt ich ein entgegengesetztes Bild zu liefern. Ich könnte auf die Entwicklung des Wohlstandes in den Reichslanden hinweisen, auf die gute Finanzlage des Landes, auf den dadurch möglichen Steuererlaß, auf die Blüte des Eisenbahnbaus, auf die politische Entwicklung des Landes, welche es ermöglichte, bereits im Jahre 1873 eine selbständige Kommunalverfassung, im Jahre 1874 einen Landesausschuss zu gewähren und 1877 demselben bereits eine Erweiterung seiner Kompetenzen zugeschrieben. Ich will auf andere Momente, welche die Ausführungen des Abg. Schneegans zu entkräften vermögen, nicht weiter eingehen. Für heute wird das Gesagte völlig genügen. (Beifall.)

Abg. Loretti verliest als Vertreter Lothringens eine Erklärung, worin er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Verwaltung von Elsass und Lothringen niemals getrennt werde.

Abg. Bezançon verliest ebenfalls ein von den oben genannten Mitgliedern der Protestantspartei unterzeichnetes Schriftstück, welches in ähnlicher Weise gegen eine Trennung in der Verwaltung der Reichslande sich ausspricht. Elsass und Lothringen seien durch ein gemeinsames Los verknüpft und wollen ihr Geschick auch ferner gemeinsam tragen.

Abg. v. Puttkamer-Löwenberg*) schlägt sich dem Wunsche der beiden Abgeordneten des Reichslandes namentlich ans dem Grunde völlig an, weil Lothringen als isolirter Verwaltungsförder seinen finanziellen Verpflichtungen nicht genügen könnten:

Die bisherige politische Entwicklung in den Reichslanden ist ein ausgeschließliches Verdienst der Reichsregierung. Sie hat den Landesausschuss geschaffen, ihn zu einer reichsgefehlten Institution erhoben, seine Kompetenzen erweitert. Der Schwerpunkt dieses ersten dicsponsfähigen Antrags aus den Reichslanden selbst liegt in den neulichen Erklärungen des Reichskanzlers. Wenn dieser jetzt den Zeitpunkt für eine autonome Verfassung gekommen halte, so hat die deutschconservative Partei keinen Grund, sich dagegen negativ zu verhalten. Dr. Schneegans hat uns leider keine erfreuliche Perspektive eröffnet, indem er seine Forderungen: Regierung in Straßburg, Initiative des Landesausschusses und Verstärkung desselben, als Minimalsforderungen bezeichnete. Auf solche Weise wird lediglich ein neues Kampfgebiet erschaffen, in welchem die autonomistischen Vertreter bald auf Seiten der radical-oppositionellen Elemente gegen die leichteren Stützen des rechtmäßigen Einflusses des Reiches wirken dürften. Ferner leitet Dr. Schneegans die Notwendigkeit eines vollständigen Regierungs- und Systemwechsels aus dem Dualismus der gegenwärtigen Regierung ab und behauptet, daß dadurch die größten Unzuträglichkeiten entfließen. Er hat den Nachweis nicht erbracht, daß irgendein wesentliches Landesinteresse unter dieser Inkongruenz gelitten habe. Er führt als Beweis nur die Opponentenfrage an, darin liegt eine recht starke Dosis von Übertriebung; nicht aus Mangel an Wohlwollen seitens

der Regierung, sondern aus den unlarten Ausbrüchen des frankfurter Friedens sowie aus den ebenso unlarten Bestimmungen des französischen Rechts über die Kinderjährlinge, haben die Schwierigkeiten sich gehäuft. Sollte die behauptete Reibung zwischen dem Oberpräsidenten und dem Reichskanzleramt richtig sein, so müßten alle diejenigen, die jemals mit der Verwaltung dort zu thun gehabt haben, im Schafe gelegen haben! Der Charakter der Oberpräsidialverwaltung ist ein streng monarchischer, ein zielbewußter Willkür regiert und in allen Detailsfragen, in denen ich selbst mich oft mit dem Oberpräsidenten in Meinungsgeschiedenheit befand, gab, wie ich mit voller Genugthuung erklärte, die Stimme des lehtern den Ausschlag.

Dr. Schneegans sieht darin, daß ein Bezirkspresident, ein Kreisdirektor die Anordnungen des Oberpräsidenten in etwas nuancierter Weise ausführt, geradezu die Anarchie. Er hat eben von der Natur des Staatsdienstes und der Staatsbeamten durchaus französische Anschauungen. Ihm ist der Beamte nur das Werkzeug, das willentlich der Direction von oben folgt. In Frankreich schwurz allerdings nach dem Druck auf den Telegraphenkopf im Ministerium des Innern die ganze Maschinerie von oben bis unten ab, gleichlich ob die Parole Mac Mahon oder Gambetta heißt. Mit solchem System kann man aber auch leicht die ganze Freiheit eines Landes aus den Angeln heben. Deutsche Art ist das nicht. Hier liegt allerdings die Schwierigkeit der Versöhnung und einer Haupthilfe für jeden denkenden Verwaltungsbeamten. Dr. Schneegans sagt: „Wir wollten die Selbstverwaltung, und ihr gabt uns die Bürokratie, in ihr sind wir erstickt.“ Darin liegt ein Kern tiefer politischer Wahrheit. Die Germanisierung des Landes kann nach meiner Überzeugung nur durch Ausführung deutscher Selbstverwaltungselemente erreicht werden. Zu diesem Zwecke hob die Verwaltung die Eintheilung in Arrondissements auf und führte die in Kreise ein, sie verlor die Kreistage, legte ihnen sogar den Entwurf einer Kreisordnung vor, an dem ich selbst nicht unbeteiligt war — aber der Landesausschuss sagte non liquet und widerigte den Entwurf nicht einmal einer Plenarverhandlung. Ich hoffe, daß sich die Reichsregierung durch diesen ersten misslungenen Versuch nicht entmutigen lassen wird. Das Gesammturtheil des Hrn. Schneegans über die unerträglichen und unheilsamen Zustände läßt sich doch in viel mildrem Lichte betrachten. Materiell haben wir die lassenden Bauden des Krieges mit heilender Hand verbunden, ungezählte Millionen sind dafür aus Reichsmitteln verwendet worden. Die Blüte von Straßburg und Metz, das schöne Eisenbahnnetz, das glänzende Tarifsystem der Reichslande sind Zeugen der vaterlichen Fürsorge des Reichskanzlers. Das Land ist schuldenfrei von Frankreich übernommen, die Steuern um 21 Mill. Frs. ermäßigt, was den doppelten Betrag gleich kommt, welcher an direkten Steuern in Preußen überhaupt gezahlt wird. Das Gemeindebeweis wurde rekonstruiert, die Kompetenz der Bezirkstage erweitert, die Pfarrgehälter um ein Drittel erhöht, die Schulen im hohen Grade verbessert. Dies alles ist doch gewiß ein großes Vertrauensvotum seitens der Regierung gegenüber dem Lande. Das Reichsland ist ein blühendes, gut verwaltetes, von ganz Deutschland bewohntes Land.

Dass die politischen Zustände nicht durchweg normal bestredigen, gebe ich zu. Ein so hoch cultiviertes Land steht naturnämmlich danach, die ihm fehlenden eigenen Verwaltungssorgane zu erlangen, daher der Wunsch des Landesausschusses nach gefestigterer Initiative, daher der vorliegende Antrag. Wäre der Elsass dem preußischen Staate als selbständige Provinz eingefügt worden, so hätten wir vielleicht diese Klagen nicht zu hören bekommen. Auch das monarchische Gefühl wäre geföhrt worden; doch das sind retrospektive Betrachtungen. Die autonome Verwaltung muß angestrebt werden, aber immer unter Vertritt der Interessen des Reiches. Kein einmal gehabter Schritt darf wieder zurückgethan werden. Das Emporblühen der autonomistischen Partei muß gefördert werden, da die Partei der Protestanten noch immer sehr stark ist und ihre Abneigung gegen die historisch gewordenen Zustände nicht verhüllt. Bei der letzten Wahl haben die Protestanten 134000, die Autonomisten nur 48000 Stimmen erhalten. Dem Parlament muß die Oberaufsicht erhalten bleiben, ebenso wünschen wir nicht, daß der Reichskanzler und der Bundesrat sich ihres Einflusses auf die Verwaltung befreien. Elsass ist deutsch und soll deutsch bleiben; unter keinen Umständen darf hier ein Luxemburg in vergrößerten Maßstäben entstehen! (Bravo!) Die deutschen Beamten dürfen auch nicht wahlend gemacht werden in dem Bewußtsein der nationalen Mission, die sie in den Reichslanden zu erfüllen haben! (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schneegans:

Ich habe nur die Absicht, ein Misverständnis aufzulösen; es liegt mir und meinen politischen Freunden nicht im Sinne, die Reichslande als politisch neutrales Land, als Kulturland hinzustellen. Wir stehen auf der Basis des Frankfurter Friedens, den wir ausdrücklich als Gesetz für uns anerkennen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst:

Mit ist, das bemerke ich vorweg, jeder Byzantinismus fremd. Abg. v. Puttkamer bezeichnet die Autonomistische Partei als einen Erfolg der guten Regierung der Reichslande. Ich glaube, daß das Regierungssystem im Reichslande als ein misslungenes zu bezeichnen ist. Es gibt Elsass-Lothringen, welche die frühere in der Form weit artigere Militärdiktatur der heutigen Herrschaft vorziehen. Auch nach der eben gehörten Erklärung des Abg. Schneegans bin ich über die Stellung der Autonomisten nicht klar. Seine neulichen Worte habe ich so verstanden wie der Abg. v. Puttkamer, er meinte, daß die Reichslande gewissermaßen eine neutrale Zone zwischen Deutschland und Frankreich sein solle. Das ist eine unsare Sprache, eine Unmöglichkeit. Als Deutscher verlange ich, daß Elsass-Lothringen immer deutsches Land bleibe. (Beifall.) Ich glaube, daß der Abg. Schneegans nicht auf diesem Standpunkte steht. Redner verliest unter großer Heiterkeit des Hauses den Theil einer zu Weihnachten 1872 vom Abg. Schneegans in Lyon gehaltenen Rede, welche sehr heftige Ausfälle gegen die „grausamen Preußen“, die „Pendulendiebe“ etc. enthält und mit den Worten schließt: „Vive la France! Vive la république!“

Ich verstand zuerst gar nicht, weshalb denn eigentlich der Abg. Schneegans eine selbständige Regierung in den Reichslanden fordert. Die Begründung seines Wunsches möchte den Eindruck einer Anklagerede gegen den Fürsten

Bismarck. Die Vorberungen des Herrn Abgeordneten waren zweierlei Art: erstens eine Maximalforderung und dann eine minimale. Nur die letztere kann uns befriedigen, und über diese hat sich ja auch Fürst Bismarck nur geäußert. Freilich bedauere ich sehr, daß der Herr Reichskanzler keine Rede mit einem Angriff auf die geistlichen Vertreter der Reichslande begann. Diese Ausführungen machten vielfach den Eindruck, als ob der Herr Reichskanzler nach wie vor Bedürfnis nach Kulturmöglichkeiten habe. Die Worte des Abg. Schneegans waren zudem bedeutend schärfer als die der geistlichen Herren. Überall sonst ist ihnen der Mund gestopft. Sollen sie nicht einmal hier im Hause ihre Beschwerden vorbringen dürfen? Der Herr Reichskanzler meinte, ein Statthalter würde im Elsass regieren, kein Prinz, sondern vielleicht ein General. (Heiterkeit.) Er concedierte auch eine consultative Vertretung im Bundesrathe und eine gewisse Initiative des Landesausschusses. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Bißigfigur der Regierung für Elsass-Lothringen noch immer mehr zunehmen soll. Nun war mir der Gedanke einer Theilung der Reichslande, wie ich glaube, unerwartet und unerfreulich für den Antragsteller. Alles, was hier vom Herrn Reichskanzler gesagt wurde, schien mir oratibel. Ich glaube, es handelte sich mehr um eine Besserung des Kerns, um eine Gleichstellung zwischen Landesvertretung und Regierung und um eine möglichst milde Verwaltung. Jetzt werden die Herzen der Regierung entzwey, besonders durch die Art, wie die religiösen Verhältnisse behandelt werden. Statt communaler Autonomie hat sich nur die Autonomie der Bureaucratie entwickelt.

Am schlimmsten ist es auf dem Gebiete der Presse; in den Reichslanden darf man nicht bloß nichts schreiben und drucken, die armen Leute dürfen auch nicht einmal lesen, was sie wollen. Im Lande erscheint kein einziges unabhangiges Blatt. Was würde man sagen, wenn wir nichts weiter lesen dürften als Staats-Anzeiger, Provinz-Correspondenz, Norddeutsche Allgemeine Zeitung und allenfalls noch die „Post“? Ich glaube, da müßten wir ja geistig völlig zu Grunde gehen. (Gelächter.) Da nun die Leute keine deutsche und katholische Zeitung lesen dürfen, so lesen sie französische, welche sie in ihrer Antipathie gegen Deutschland noch verstärkt. Von Versammlungs- und Wahlfreiheit ist keine Rede mehr in den Reichslanden. Nur die Steuerstrafe geblieben; man kann wie jener Bauer sagen: „Dort wählt alles schlecht, nur die Steuern wählen gut.“ Vor allem muß man den Reichslanden ein größeres Maß communaler Freiheit gewähren. Man muß sie gleichstellen den andern Bundesländern, man muß den Elsass-Lothringern Vertrauen entgegenbringen. Mit dem Misstrauen haben wir es zu nichts gebracht, aber Vertrauen erwacht Vertrauen.

Abg. Frhr. Schenk v. Stauffenberg:

Der Vorredner hat Anerkennungen des Abg. Schneegans vom Jahre 1872 vorgelesen. Aber da war kurz vorher Elsass-Lothringen von Frankreich losgerissen, wozu es über Menschengedenken gehört hatte, da war noch eine gewisse Verbitterung durch den Krieg zurückgeblieben. Man sollte also eine solche Neuherzung nicht allzu schwer wiegen lassen. Namens meiner politischen Freunde kann ich zu den neulich vom Herrn Reichskanzler entwickelten Grundlagen im allgemeinen unsere Zustimmung erklären. Was die Zustände in den Reichslanden angeht, so ist dort allerdings manches geschehen, was besser unterblieben wäre; in Bezug auf die politische Entwicklung des Landes kann ich aber nicht finden, daß diese Entwicklung eine so besonders langsame gewesen wäre. Sie wäre noch schneller gegangen, wenn nicht Vorsicht geboten wäre, denn man kann nicht gut einen Schritt wieder zurückthun, den man einmal nach vorn gethan hat. Aber neben der Vorsicht muß auch das Vertrauen zum Lande sein Recht finden, und ich glaube, Elsass-Lothringen ist eins der deutschen Länder, das mit am leichtesten zu regieren ist. Aus den Wahlen schließe ich nicht allzu viel in Bezug auf die bestehenden Verhältnisse, hier kommen zu viel andere Gesichtspunkte in Frage. Da möchte ich nun dem Herrn Reichskanzler er recht nahe legen, daß er auch die einheimische Bevölkerung der Reichslande mit heranziehen möchte zu dem Beamtenstande, zunächst jetzt bei Rekonstruktion der Regierung in Straßburg. Erst wenn das möglich ist, dürfen wir das Land als gewonnen betrachten. Auch eine Besserung der Presseverhältnisse ist absolut nothwendig, denn man hat in Straßburg mit der offiziellen Presse gar zu schlechte Erfahrungen gemacht. Ich möchte bitten, dass der der Neuregelung der reichslandischen Bevölkerung das Gesetzgebungrecht des Reichstages über Elsass-Lothringen aufrecht erhalten bleibe. Im ganzen, glaube ich, können wir der Entwicklung unseres Reichslandes ohne Bangen, mit Vertrauen entgegensehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Löwe-Böhm kündigt diese Hoffnung auch, glaubt aber, daß es, ehe wir unser Ziel erreichen, noch langen Harrens und vieler Geduld bedürfen werde:

Unsere optimistischen Hoffnungen der ersten Jahre nach 1870 haben sich nicht erfüllt und das war auch eigentlich voranzusehen. Hätte man die Entwicklung vorausgesehen, wie sie sich gestaltet hat, so würde es sich nicht empfohlen haben, Elsass-Lothringen zu einem Reichslande zu machen, dann hätte es sich mehr empfohlen, dasselbe dem größten deutschen Staate einzuführen. Was wir dem Reichslande an politischen und wirtschaftlichen Wohlthaten gegeben haben, das ist hingenommen ohne Dank, aber jede Unmöglichkeit, die doch einmal unabwendbar ist vom Begriffe jedes Ueberganges, ist vergrößert und aufgebaut worden. Ein gesellschaftlicher Terrorismus schließt die Beamten von den Salons aus, sie bleiben auf ihre Bureaux angewiesen und haben eine unbeküpfte peinliche Stellung gegenüber ihrer Umgebung. Wir werden sogenannte Stoffwechsel abwarten müssen, bis die, welche noch von den alten Erinnerungen zeihen, ins Grab gelegt sind und eine neue Generation herangewachsen ist, der es leichter werden wird, sich anzuschließen an das neue deutsche Vaterland.

Abg. Windthorst-Meppen:

Nach dem, was wir bisher gehört haben, wissen wir gar nichts von den Plänen, welche der Herr Reichskanzler hat. Bisher haben wir nur vage Erörterungen, Wünsche, unklare Absichten vernommen. Consultative Stimmen für Elsass-Lothringen dem Bundeathre beifügen wollen, das ist mir ganz unverständlich. Der Bundeathre vertreibt das monarchische Prinzip in Deutschland, diese Hinzufügung von consultativen Stimmen scheint mir aber etwas sehr Demokratisches, und von den consultativen bis zu den beschließen-

*) 1874—77 Bezirkspresident in Metz.

den Stimmen ist nur ein Schritt. Darauf wollte ich für heute nur hinweisen. Wir werden im übrigen für den Antrag Schneegans stimmen, ohne uns irgendwie zu engagieren. Vielmehr behalten wir uns unsere Entscheidung vor, bis uns bestimmt formulirte Vorschläge gemacht werden.

Abg. Dr. Hänel:

Es ist für Elsaß-Lothringen eine Decentralisation in der Gesetzgebung ja schon angebahnt; auch auf dem Gebiete der Verwaltung ist diese Decentralisation erforderlich. In der That würde es am besten sein, wenn mit Elsaß-Lothringischen Dingen sich nur der Kaiser und der Bundesausschuss zu beschäftigen hätten. Wohl möglich, dass anfänglich bei den andern verbündeten Regierungen eine gewisse Eifer sucht plätschert, doch diese müsste schließlich der besseren Einsicht weichen. Eine völlige Entlastung des Reichskanzlers von der Verantwortlichkeit für die Verwaltung der Reichslande halte ich allerdings nicht für möglich. Was die Entwicklung der Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen im allgemeinen anlangt, so bin ich durch dieselbe in keiner Weise überrascht, ich finde es vielmehr ganz natürlich und habe es auch gar nicht anders erwartet, als dass eine gewisse Zeit vergehen muss, ehe es dazu kommen kann, dass in den Reichslanden deutscher Patriotismus zu Tage tritt. Was meine und meiner Freunde Stellung anlangt, so müssen wir erst die Vorlegung bestimmter Pläne abwarten, um uns definitiv zu entscheiden, wenn wir auch vorläufig für den Antrag Schneegans stimmen werden.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck:

Ich bin den Herren, die heute hier gesprochen haben, sehr dankbar, dass sie meine Bitte erfüllt haben und mir im Namen der verschiedenen Fraktionen öffentlich mittheilen, wie sie die oberflächliche Stütze, die ich von den Absichten der Reichsregierung bei der ersten Verhandlung nur geben konnte, aufzugeben haben. Der Zweck meiner Anwesenheit bei dieser Sitzung musste wesentlich ein informatorischer sein, und den habe ich zu meiner großen Genugthuung erreicht und mich darüber gefreut, dass wir hier über eine Frage verhandeln, in Bezug auf welche die Meinungen der verschiedenen hier vertretenen Richtungen sich weniger sumpfbereit gegenüberstehen. Eine sehr wesentliche Abweichung von der gegebenen Stütze, eine solche, dass ich heute schon erklären müsste, ich verzweife daran, die Kluft zu überwinden, habe ich nicht wahrgenommen, wenn ich die von den Herren Windthorst und v. Schorlemer-West vertretenen Anträge, sofort auf eine den übrigen Bundesstaaten gleichbedeutende constitutionelle Verfassung einzugeben, für nicht dringlich ansiehe. Im übrigen aber habe ich auch aus der Fraktion dieser beiden gebürtigen Herren eine prinzipielle Bekämpfung dessen, was in Arbeit ist, nicht entnommen, und zweifellos nicht daran, dass wir zu einem Ergebnis kommen werden, welches im Reichstag einer großen Majorität sich erfreuen wird. Ich kann mich darüber bestimmt erst aussprechen, wenn ich die Ansichten der verbündeten Regierungen in weiterem Umfang als bisher sehe. Bisher habe ich nur in vertraulichen Besprechungen, zum Theil mit den Landesherren selbst, Auseinandersetzungen darüber vernommen, von denen keine dem Prinzip nicht zustimmt, aber die Mehrheit hat sich erst im Bundesrat festzustellen. Dort wird sich auch feststellen lassen, inwiefern die Wünsche des Abg. Hänel erfüllbar sein werden, dass der Bundesrat zu einer Vereinigung der Landesregierung die Hand bieten soll, sodass dieselbe mehr als bisher zwischen dem Träger der Landeshoheit, dem Kaiser, und der Volksvertretung sich abspalten möchte, und dass die Mitwirkung des Bundesrates parallel mit der des Reichstages dort eintrete, wo die Reichsgesetzgebung angerufen werden muss, was ja ebenfalls von dem Lande und seinen Vertretern, als vom Reichskanzler und den Regierungen ausgehen kann. Diese höchste Kompetenz der Reichsgesetzgebung aufzugeben, liegt nicht in meiner Absicht, sondern das Reich soll sich nur aus der laufenden Verwaltung und Gesetzgebung mehr zurückziehen, doch aber die Infanz bleiben, an die von beiden Seiten appelliert werden kann. Dass die Einwohner des Elsaß im Bundesrat vertreten sind, halte ich nicht für eine republikanische Einrichtung, sondern im Gegenteil für den geistigen Ausdruck des wirklich stattfindenden Beziehungsverhältnisses, indem dort die Vertreter der Bevölkerung ihren einzigen Verhörführungspunkt mit dem Souverän haben, nicht gleichberechtigt mit ihm, sondern in Achtung des monarchischen Prinzipps, an der Stelle, wo die Souveräne in ihren corporativen Vertretung ihr Wort zu sprechen haben, nur mit consultativer Stimme, während sie ihnen auch nicht republikanischen Ausdruck im Reichstag durch volles Votum findet. Die Errichtung und der Vorschlag hat deshalb die Charakterisierung eines republikanischen nicht verdient. Ich lege hauptsächlich deshalb Wert auf die Beleidigung der Bevölkerung am Bundesrat, weil mir einmal mehrere Herren aus den Reichslanden wiederholte versichert haben, dass man dies im ganzen Lande für eine question de dignité halte, ein Imponderabile in der Politik, wie solches oft mächtiger wirkt als Fragen directen Interesses, die man deshalb auch in ihrer Bedeutung nicht missachten soll. Es gibt ja auch nicht bloss bei uns, sondern in der ganzen Welt eine Majorität von Staatsbürgern, die nicht absolut abgesumpft sind gegen eine Ordensverleihung (Heiterkeit), und das ist doch ein Imponderabile im höchsten Maße. Wenn dies auch nur eine äußerliche Gleichstellung eines der vorrangigsten Volksstämme mit den übrigen ist, lediglich der Form nach, so halte ich das schon für wertvoll.

Ich halte es für einen Mangel, dass die Vertretung des Reichslandes in Bezug auf die allgemeine Reichsgesetzgebung ganz unabhängig von der Landesgesetzgebung lediglich durch die centralen Reichsbehörden stattfinde, die doch das eigentliche Landesinteresse bis in die localen Interessen hinein nicht mit der Kenntnis vertreten kann, wie es in den übrigen Bundesländern durch ihre Ministerien der Fall ist. Ich erinnere an die bevorstehenden Sitzverhandlungen. Es würde mir da unter Umständen sehr erwünscht sein, aus Elsaß-Lothringen Stimmen zu vernehmen, das ja ein großes Industrieland ist. Es würde durch die Beleidigung des Landes am Bundesrat ihm ein wichtiges Recht im Anschluss an Art. 4 der Reichsverfassung gewährt werden. Ich unterschäfe leineswegs die Bedeutung, die auch Dr. Abg. Windthorst anerkannt hat, welche ein consultatives Votum hat. Ein solches kann auch ohne Abstimmungsrecht sich Geltung verschaffen durch das Gewicht der Autorität, das scheint mir eben kein Fehler, sondern ein Gewinn. Ich glaube auch nicht, dass man im Reichslande dann ein dringendes Bedürfnis fühlen würde nach einem auch decisiven

Votum. Dem würde man auch eventuell entgegensetzen können.

Abg. Hänel hat die Beleidigung des Reichskanzlers an den reichslandischen Angelegenheiten damit motiviert, dass der Reichstag doch jemand haben müsse, der ihm dafür verantwortlich sei. Ich weiß nicht, ob das gerade der Kanzler sein muss. Der Weg von Straßburg nach Berlin ist nicht so weit, dass der leitende Minister sich nicht zum Reichstage oder Bundesrat begeben könnte, der Minister wird aus Straßburg so gut hierher kommen können wie andere Minister aus Stuttgart oder München. Also braucht der Verantwortliche nicht gerade der Reichskanzler zu sein. Meine Stellung als verantwortlicher Minister ist eine schwierige, meine Verantwortlichkeit reicht weiter als mein Einfluss, und das würde dann in noch höherem Maße der Fall sein. Ich muss nun einer Neuerung bestimmen, die der lezte Herr Redner gemacht hat in Bezug auf das Aufsuchen von Neuheiten in gereizter Stimmung, die weit zurück in der Vergangenheit liegen. Auch ich möchte annehmen, nicht so einsig in den Archiven und Bibliotheken zu forschen, um jemand zu beweisen, dass er etwa vor acht Jahren unter andern Verhältnissen Hoffnungen und Aussichten eine Neuheit gegeben hat, die er selbst heute nicht wiederholen würde. Ich stelle mich zu solchen Verhältnissen schädigt, für deren Förderung die Bahnen von den Regierungen gebaut oder privilegiert worden sind. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annahme, dass bisher die Frachten für die Einfuhr fremder Erzeugnisse im Durchschnitt wohlfeiler sind als diejenigen für die Ausfuhr inländischer oder für deren Transport von einem deutschen Orte zum andern. Die Einfuhrprämien, die auf diesem Wege dem Auslande gewährt werden, die hohe Belastung des inneren deutschen Verkehrs im Vergleich mit dem des Auslandes nach und durch Deutschland, die Nachhilfe, unter denen die deutsche Ausfuhr nach Westen unter den hohen Tarifen leidet, die sie im Vergleich mit den wohlfeilern beförderten Durchfuhr von Osten nach Westen zu tragen hat, lasten schwer auf unserm Wohlstande. Die früher so beträchtliche deutsche Ausfuhr nach West- und Südeuropa erliegt der Concurrenz der osteuropäischen Durchfahrttarife deutscher Bahnen.

Ich bin gefragt worden, wenn ich die Missstände früher erkannt hätte, warum ich nicht schon früher Abhilfe beantragt hätte. Ich habe früher schon gesagt, dass ich abwarten wollte, bis Anregungen aus dem Reichslande selbst kämen, und dass wir darüber nicht weiter Wohlthaten erprobieren wollten, die dort nicht als solche anerkannt werden. Nun erinnere ich ferner daran, dass, als ich vor zwei Jahren meinen Abschied erbat, ich mich längere Zeit von den Geschäften, namentlich auch denen der Reichslande, fern hielt. Jetzt ist nur eine solche Anregung da, und ich hielt mich in meinem Gewissen verpflichtet, derselben näher zu treten. Im übrigen werden es die Herren begreiflich finden, wenn ich auf die Details der Vorlage erst dann eingehe, wenn eine ausgearbeitete und im Bundesrat vorberatene Vorlage an das Haus gelangt ist. Ich kann mich verbindlich nicht weiter aussprechen als in meiner letzten Rede; ich habe – ich gebrauche einen vulgären Ausdruck – damals meinen Sack vollständig ausgeküßt. Dass die Formulierung dessen, was wir übereinstimmen oder mit Modifizierungen als nötig erkannt haben, sehr schwierig sein wird, halte ich für gewiss. Das wird sich herausstellen, wenn es darauf ankommt, in der Sprache der Gesetzgebung eine glückliche Formulierung zu finden für unsere Empfindungen und Willensmeinungen. Ich hoffe aber, dass, wenn ich Ihnen angesichts der schon in der Beratung befindlichen Vorlage ein Rennen gebe, dann dieselbe sachliche, wohlvollende, verhältnissame Stimmung bei allen Parteien sich wiederfinden wird, die ich heute mit Freuden begrüsst habe. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Windthorst-Meppen:

Die Worte des Herrn Reichskanzler haben in mir die Überzeugung gestärkt, dass, sobald uns erst eine bestimmte Vorlage zugegangen sein wird, auch eine Verstärkung zu erreichen sein wird. Wenn für Elsaß-Lothringen ein paar Vertreter in den Bundesrat treten sollen, dann ist es notwendig, um eine Verschiebung des Stimmenverhältnisses zu verhindern, dass den übrigen Bundesstaaten ebenso viele Stimmen zugewiesen werden.

Hierauf wird die Discussion geschlossen und der Antrag Schneegans: „den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, dass Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalten“, einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich darauf bis Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lefung des Etats; Wechselstempelsteuer- und Haupfstandrechtsgesetz.

Das Gütertarifwesen der deutschen Eisenbahnen.

Das bereits erwähnte, unter dem 18. März an den Bundesrat gerichtete Schreiben des Reichskanzlers betreffs des Gütertarifwesens der deutschen Eisenbahnen lautet vollständig:

Zur Bereitung der Beschlussnahme über den Präsidialantrag vom 7. Febr. d. J. betreffend die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung des Gütertarifwesens auf dem deutschen Eisenbahnen glaube ich den Verlust nicht unterlassen zu sollen, vor den Eintritt in die verfassungsmäßige Geschäftsbearbeitung zwischen den beiden Regierungen, welche durch den Vertrag von Staatsbahnen direct beteiligt sind, eine freie Verständigung über die Behandlung des Antrages herbeizuführen.

Der däulenswerthen Zustimmung zu diesem Vorschlage ist eine Conferenz folgt, welche unter Theilnahme von Vertretern der hohen Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg und der Reichs-Eisenbahnverwaltung stattgefunden hat.

Über das Ergebnis dieser Verhandlungen gibt das in der Anlage ganz ergebnisstige Conferenzprotokoll Aufschluss.

Ungeachtet aller, bei den ersten Erwägungen einer umfassenden Reform natürlichen Meinungsverschiedenheiten tritt nach dem Gesamteinbruck der im Protokoll niedergelegten Ausschlüsse und Vorschläge aus der Verhandlung die Neigung entgegen, den dem Präsidialantrage vom 7. Febr. zu Grunde liegenden Bestrebungen entgegenzutreten.

Dieselben zielen darauf ab: 1) das gehämmte Gütertarifwesen nach möglichst gleichartigen Grundsätzen gemeinsam zu ordnen; 2) die im Interesse des Verkehrs unentbehrliche Klarheit und Übersichtlichkeit in der Tarifierung

zu schaffen und zu sichern; 3) geschicklichen Schutz dafür zu gewähren, dass die deutschen Eisenbahnen in erster Linie nicht fremdländischen Verkehrsinteressen dienstbar werden, sondern, ihrer Bestimmung bei der Anlage entsprechend, vorzugsweise den deutschen Verkehr, der deutschen Produktion und dem Absatz der Erzeugnisse der letztern förderlich werden.

In letzterer Beziehung wird es als eine Aufgabe des Tarifgesetzes anzusehen sein, Uebelstände, wie sie, in Schädigung deutscher Interessen, durch mißbräuchliche Anwendung der Differentialtarife zu Gunsten des Auslandes herverursachen sind, nachhaltig vorzubringen und für den Verkehr vor und nach der deutschen Grenze Bestimmungen vorzusehen, welche eine willkürliche Begünstigung des Auslandes gegen das Inland ausschließen.

Ich habe den Antrag vom 7. Febr. unter dem Einbruck gestellt, dass bisher im Betriebe der deutschen Bahnen das Streben nach finanziellen Erträgen die Aufgabe der Förderung der wirtschaftlichen Interessen zu weit in den Hintergrund drängt, und dass die nationalen Verkehrsinteressen dem Siege in einer Konkurrenz geopfert werden, welche auf die Dauer den solden und regelmäßigen Betrieb der Bahnen selbst gefährdet, jedenfalls aber die Landschaftsinteressen schädigt, für deren Förderung die Bahnen von den Regierungen gebaut oder privilegiert worden sind. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, dass bisher die Frachten für die Einfuhr fremder Erzeugnisse im Durchschnitt wohlfeiler sind als diejenigen für die Ausfuhr inländischer oder für deren Transport von einem deutschen Orte zum andern. Die Einfuhrprämien, die auf diesem Wege dem Auslande gewährt werden, die hohe Belastung des inneren deutschen Verkehrs im Vergleich mit dem des Auslandes nach und durch Deutschland, die Nachhilfe, unter denen die deutsche Ausfuhr nach Westen unter den hohen Tarifen leidet, die sie im Vergleich mit den wohlfeilern beförderten Durchfuhr von Osten nach Westen zu tragen hat, lasten schwer auf unserm Wohlstande. Die früher so beträchtliche deutsche Ausfuhr nach West- und Südeuropa erliegt der Concurrenz der osteuropäischen Durchfahrttarife deutscher Bahnen.

In der Aufgabe der verbündeten Regierungen liegt es meines Erachtens, diesen Uebelständen nach Möglichkeit abzuheben und durch Reform dahin zu streben, „dass deutsche Güter auf deutschen Bahnen unter allen Umständen wahlweise ebenso günstig behandelt und nicht höherer geboten werden dürfen als fremde“.

Dieses ist eins der wesentlichsten und meiner Ansicht nach im wirtschaftlichen Interesse das dringlichste unter den Resultaten, welche ich, nach Befehl Sr. Maj. des Kaisers, bei der Verhandlung über den Antrag auf gezielte Regelung der Tarifverhältnisse zu erzielen habe werde.

Indem ich im übrigen auf die Begründung des Präsidialantrages vom 7. Febr. Bezug nehm, beeile ich mich, den Bundesrat um geneigte Beschlussfassung über denselben ganz ergebnisst zu ersuchen.

Der Reichskanzler.
(Ges.) v. Bismarck.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. März. In den nächsten Tagen wird dem Bundesrat als Präsidialantrag ein Gesetzentwurf zugehen, welcher die Vollmacht zur Ausführung eines Reichstagsgebäudes auf dem Grundstück des Grafen Raczyński vor dem Brandenburger Thore erhält. Man hofft, dass der Bundesrat seine Entschließung über diese Angelegenheit beeilen und die betreffende Vorlage dem Reichstag noch in dieser Session zugehen lassen wird. — Dem Bundesrat ist ein umfangreicher Gesetzentwurf über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen zugegangen. Die sieben Abschnitte desselben handeln: 1) von den Strafanstalten, 2) von der Leitung und Aufsicht derselben, 3) von der Strafzeit, 4) von der Einzelhaft und der Gemeinschaftshaft, 5) von der Ordnung in den Strafanstalten, 6) von den Zuchtmitteln und dem Beschwerderecht, worauf im siebten Abschnitt Schlussbestimmungen präzisiert werden. Von besonderem Interesse ist in dem Entwurf das Verhältnis, in welchen die Einzelhaft und die Gemeinschaftshaft angewendet werden sollen. Jeder Zuchthaussträfling soll zunächst einer sechmonatlichen Einzelhaft unterworfen werden, worauf bei dem einen wie bei dem andern die Einzelhaft in Gemeinschaftshaft verwandelt werden kann.

N.L.C. Berlin, 27. März. Der Beschluss der vereinigten Ausschüsse des Bundesrates in der Taxastrafe ist viel Aufsehen erregt. An die Stelle der Säye des preußischen Vorschlags von 70 M. für den importirten und 58 M. für den einheimischen Rohstoff soll 60 und 40 M. treten. Es heißt, dass Bayern statt 40 sogar nur 35 M. vorschlug, dass dann aber ein Compromisantrag Sachsen angenommen wurde, infolge dessen die Steuer des inländischen Produktes auf 40 M. festgesetzt wurde. Die nächste Frage ist nun, wie sich das Plenum des Bundesrates zu diesen Vorschlägen stellen wird. Da dieselben von drei combinirten Ausschüssen ausgehen, so lässt sich mit einiger Sicherheit annehmen, dass das Votum des Plenums kein davon abweichendes sein wird. Kommt ein Gesetzentwurf mit diesen Steuergesetzen an den Reichstag, so werden diejenigen, welche sich ohne Hintergedanken auf den Boden der Gewichtssteuer stellen, allerdings in demselben eine discutable Basis erblicken können.

Die Neue Preußische Zeitung schreibt: „Die Öffersserien des Reichstages werden nach vorsätzlichen

Besinnungen und Zoll
24. April
— Aus

Das Ho
Deutsche
Prinz Al
Prinzen
der Enke
deutschen
großer S
besuchte
Dodo,
Blindi,
Hadelzg
alter Bu
Galdo,
paratio
Präsident
pfangen
derten a
tung im
Offiziere
v. Gülic
wol der
Offiziere
fröhlichen
reisenden

— Als
Ball, d
Stalh
Stellung
meinen

— Den
vom 26
Fürsten
fähiglic
erscheine
— Au
1878 w
erschein
Rundsch
Pre
Volts-B
ein sch
protestan
sische Lan
dessen g
Beweis
deren G
und Ach
in gleic
jegigen i
Tha
Der he
weitere
der Gy
Fischer
nasallek
besuchte
Dena u
Gymna
nasalpr
wurde e
dimum,
Bon sei
Zeit wa
überreich
niren so
bezeugun
Meining
Ba
Ball be
zugebrac
getheilt
Rudolf
regiment
den und
des wü
finden.
System
Rektoren
Wortlan
sion zu
seitzen
gebenen
nannte
ungechi
Comma
der Lien
so wurd
wieder z
das Sp
dass die
Kamera
derbe L
einen Mo

Bestimmungen am Sonnabend nächster Woche beginnen und volle drei Wochen dauern. Die Steuer- und Soldverlagen erwarten die Abgeordneten bis zum 24. April."

— Aus Valparaíso vom 10. Febr. wird berichtet: Das Hauptereignis der letzten 14 Tage war für uns Deutsche hier die Anwesenheit der Kaiserlichen Corvette Prinz Adalbert, vom 30. Jan. bis 6. Febr., mit dem Prinzen Heinrich an Bord. Der jugendliche Prinz, der Enkel unsers verehrten Kaisers, wurde von der deutschen Colonie und den chilenischen Behörden mit großer Sympathie und Auszeichnung empfangen. Er besuchte die Hauptstadt Santiago, wo er sich im Hotel Oddo, geleitet von seinem deutschen Besitzer, Herrn Blinti, einlogierte. Die Landsleute brachten ihm einen Haftelzug und veranstalteten ihm zu Ehren ein zu aller Freudenheit verlaufenes Picknick nach dem nahen Salto, wohin man sich zu Pferde begab. In Valparaíso wurde der Prinz von dem hier weilenden Präsidenten der Republik, Pinto, sehr freundlich empfangen und der hohe Besuch alsbald seitens des Präsidenten an Bord erwidert. Bei einer Abendunterhaltung im deutschen Gesangverein erschienen die meisten Offiziere sowie der deutsche Bevollmächtigte, Baron v. Götzlich; zu einem glänzenden Balle fanden sich sowohl der Prinz wie der Präsident ein. Eine Anzahl Offiziere und fast alle Cadetten nahmen an einem fröhlichen Frühstück teil, das im großen Hotel des reizenden Vinna del Mar für sie bereit war."

— Als die fürstliche Persönlichkeit, welcher für den Fall, daß Feldmarschall Krhr. v. Manteuffel nicht Statthalter in Elsaß-Lothringen werde, diese Stellung zugebucht sei, wird in der augsburger Allgemeinen Zeitung Prinz Reuß genannt.

— Der Weser-Zeitung meldet man aus Berlin vom 26. März: „Prinz Hattenberg's Wahl zum Fürsten von Bulgarien gilt als gesichert. Die anfänglichen Bedenken desselben gegen Annahme der Wahl erscheinen bestigt.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: die in Reichenberg in Böhmen erscheinende periodische Druckschrift „Social-politische Rundschau“; der Einwohnerverein in Gersdorf.

Bremen. Aus Hannover berichtet man der Volks-Zeitung: „Der Tod forderte in der letzten Woche ein schwer zu ersehendes Opfer: den Vorsteher auf protestantischem Gebiete gegen unsere verknüpfte weltliche Landeskirche, den Senior Grütter in Hameln, dessen großartiges Leichenbegängnis am 19. März den Beweis lieferte, wie hoch dieser von den welschisch orthodoxen Geistlichen oft verfolgte Prediger in der Liebe und Achtung der Stadt und Provinz stand, und der in gleicher Gesinnungstüchtigkeit kaum hier zu ersehen ist.“

Thüringische Staaten. J. Meiningen, 24. März. Der heutige Tag war für Meiningen ein auch für weitere Kreise bemerkenswerther Jubel- und Ehrentag: der Gymnasialdirektor Geh. Hofrat Dr. Hermann Fischer feierte sein Goldenes Jubiläum als Gymnasiallehrer. Im Jahre 1803 in Dresden geboren, besuchte er das Gymnasium in Weimar, studierte in Jena und Leipzig und wurde zuerst 1829 Lehrer am Gymnasium in Weimar, von wo er 1833 als Gymnasialprofessor nach Hildburghausen überstiegle; 1844 wurde er hier Director des Gymnasiums Bernhardinum, welche Anstalt er zu hoher Blüte geleitet. Von seinen zahlreichen Schülern früherer und neuerer Zeit ward ihm heute der Fonds zu einer Stiftung überreicht, über die er zum Besten der Schule disponieren soll. Der Jubilar wurde mit Orden und Ehrenbezeugungen reich bedacht, auch zum Ehrenbürger von Meiningen ernannt.

Baiern. Aus Baiern wird wieder ein seltsamer Fall berichtet, der sich in dortigen Militärkreisen zugetragen. Wie nämlich der Nürnberger Presse mitgetheilt wird, ist gegen den Secondlieutenant Rudolf Fechen, Schenk v. Gevers im 14. Infanterie-regiment Nürnberg eine Untersuchung eingeleitet worden und wird dieselbe demnächst vor den Schranken des würzburger Militärbezirksgerichts ihren Abschluß finden. Schenk v. Gevers hatte nämlich ein eigenes System erfunden, um die seiner Aufsicht unterstehenden Recruten körperlich zu strafen, ohne dabei mit dem Wortlaut der militärischen Dienstvorschriften in Collision zu gerathen. Da nämlich lebhafte den Vorgesetzten streng verbieten, beim Exerciren die Untergebenen mit den Händen anzufassen, hatte der genannte Offizier den Brauch eingeführt, daß einzelnen ungeschickten Leuten von ihren Nebenmännern aus Commando Ohrfeigen ertheilt werden müssten. Hand der Lieutenant den also ertheilten Schlag zu schwach, so wurde der Misshandelte commandirt, die Ohrfeige wieder zurückzugeben. Außerdem hatte Schenk v. Gevers das Spießruthenlaufen in der Weise wieder eingeführt, daß die Delinquenter beim Durchlaufen der von ihren Kameraden gebildeten Gasse von jedem derselben eine derbe Ohrfeige erhielten. Es hat auf diese Weise ein Mann die respectable Anzahl von 36 Ohrfeigen

erhalten. Diese Misshandlungen konnten nur deshalb längere Zeit fortgesetzt werden, weil Schenk v. Gevers sich wohl hütete, dieselben in Anwesenheit von andern Offizieren vornehmen zu lassen. Endlich aber wurde die Sache einzigen Anwohnern des Exercirplatzes, welche öfter Zeugen dieser Vorkommnisse waren, zu hund und sie erstatteten Anzeige an das Divisions-commando, welches die Einleitung der strafrechtlichen Untersuchung verfügte.

Österreich-Ungarn.

Aus Wien vom 25. März schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung mit Bezug auf den Tost des deutschen Botschafters in Peterburg, des Generals v. Schweinitz: „Wir stehen vor einem neuen Nächsel, nach dessen Lösung man zur Zeit noch, wenigstens in Wien, vergebens sucht. Direct von der Kaiserlichen Tafel im Winterpalast zu Ehren des Geburtstages des Kaisers Wilhelm erschien der deutsche Botschafter bei dem Festmahl der deutschen Colonie, um nicht sowol urbi als orbi — denn der Botschafter wünschte, daß seine Stimme laut genug sei, um auch draußen vernommen zu werden — zu verkünden: daß das Beginnen jener, die sich vermeissen, an der Freundschaft zu rütteln, welche die Kaiser von Deutschland und Russland verbindet, ein vergebliches, und daß diese Freundschaft so fest wie immer sei, ja fester als je! Was ist denn, so darf man wol zu fragen berechtigt sein, was ist denn vorgefallen, daß diese Freundschaft, deren Existenz niemand beweiste, eben jetzt wieder in so überaus starker und scheinbar Weise betont werden mußte? Wer ist es der da «draußen» so «vermeissen» war an ihr — vergeblich — zu rütteln? Ist es Österreich, ist es England, ist es Frankreich, ist es gar Deutschland selbst? Aber welche politischen Differenzen, teilweise ernster Natur, auch zwischen Russland und andern Mächten bestehen mögen, wir wüssten keinen Ort zu nennen, wo man zum Austrag dieser Differenzen an dem persönlichen Verhältniß zwischen dem deutschen und dem russischen Kaiser gerüttelt, wo man nicht vielmehr mit der Thatache gerechnet hätte, daß jenes Verhältniß von jeder politischen Erwägung vollständig unabhängig ist. Und doch muß irgendein Unlaß vorliegen, der es geboten erscheinen läßt, dieses Verhältniß in so maroder Weise in den Vordergrund zu stellen; zu einer spontanen Kundgebung solcher Art, zu einer halb Herausforderung, halb Drohung darstellenden Kundgebung läßt sich ein Mann wie Dr. v. Schweinitz nicht herbei.“

Italien.

Ein Dr. Lebrocq, Redacteur der ultramontanen Cloche in Brüssel, der Mitglied der Deputation belgischer Journalisten war, welche an der bekannten Audienz im Vatican teilnahm, veröffentlicht folgendes: „Während unsers Aufenthaltes in Rom ist uns ein Wort des Papstes zu Ohren gekommen, welches allen Gerüchten und Insinuationen über die angebliche Missbilligung der Politik des Centrums durch den Heiligen Vater das formellste Démenti entgegengesetzt. Iemand nahm sich die Freiheit, gerade über diesen Punkt der internationalen Politik eine Frage an Se. Heiligkeit zu stellen. Leo XIII. fasste die Ansicht des königlichen Stuhles in folgenden klaren und unzweideutigen Worten zusammen: «Der Papst will, was das Centrum will; das Centrum will, was der Papst will.»“

Frankreich.

* Paris, 27. März. Von den heute in Versailles durch die Abtheilungen des Senats gewählten Mitgliedern der Commission für Beratung der Vorlage betreffend die Rückverlegung der Kammer nach Paris sind sieben gegen die Annahme des Gesetzentwurfs und nur zwei günstig für denselben gestimmt. Die Minister hatten in den Abtheilungssitzungen erklärt, daß die Regierung den Gesetzentwurf accepire, die Rückkehr der Kammer nach Paris als gefahrlos betrachte und bereit sei, die Bedingungen der Rückkehr zu discutiren und dabei alle wünschenswerten Garantien zu geben.

Großbritannien.

+ London, 26. März. Gelegentlich des Geburtstages des Deutschen Kaisers bringt die Times folgenden warm geschriebenen Artikel:

„Alle Schichten des Volkes werden ihre heißen Wünsche für sein Wohl vereinen. Er ist der Abgott der Soldaten, deren Mühsale und Ruhm er seit mehr als einem halben Jahrhundert getheilt hat. Civil und Militär sind gleich stolz auf ihn. Sie lieben seine offene, gerade und ehrliche Art sich zu geben; sie können die glorreiche Vergangenheit nicht vergessen, mit der sein Name immer verwachsen sein wird, und müssen bei dieser Veranlassung ganz besonders wünschen, ihre Sympathien und ihre Freude über sein Entrinnen aus den Mörderhänden zweier Elenen fundzuhaben. Die Deutschen sind ein loyales Volk. Sie können ihre Loyalität einem Herrscher nicht versagen, der sich allezeit mit königlicher Würde gezeigt, dessen vollkom-

mene Aufrichtigkeit einen dauernden Zauber auf sie ausübt und der sich die Achtung selbst derer zu erwerben gewußt, welche durch seine Politik geschädigt worden sind. Es ist noch viel zu früh, um seinen persönlichen Anteil an den denkwürdigen Ereignissen seiner Regierung genau abzuwägen, und zu bestimmen, wie weit sie der Gruppe der ihn umgebenden ruhmreichen Militärs und Organisatoren — Reon, Molte, Voigt-Rhey, Blumenthal und andern — oder dem starken und beharrlichen Staatsmann zu danken sind, welcher seit so vielen Jahren das Vertrauen seines Kaisers genießt. Allein seine Bewunderer brauchen das Resultat einer solchen Untersuchung nicht zu fürchten. In Preußen, wo ein Cabinet nicht nothwendigerweise den Willen der Kammer vertritt, wird immer viel vom Charakter des Souveräns abhängen. Schwach und unentschlossen, wird er dem Rathe eines bösen Genius folgen und einen Haugwitz zum Minister haben. Kriegerisch, mäßig und offenherzig, wird er von Leuten nach seinem eigenen Herzen umgeben sein; der Umstand, daß der Kaiser seit seiner Thronbesteigung von Ministern der höchsten Begabung umgeben gewesen, spricht ganze Bände zu seinen Gunsten. Seine Unterthanen können nicht im geringsten darüber unschlüssig sein, wie viel sie ihm schulden. Es wird ihnen genügen, zu wissen, daß er viel für die Einheit Deutschlands gewagt, daß er seine Pflichten rasch erkannte, daß er seinem Hause natürliche Vorurtheile abgelegt und läßt dem nationalen Impuls gefolgt, und daß er in der hohen Stellung, zu welcher ihn das Geschick berufen, immer eines Kaisers würdig gehandelt hat. Was auch das reife Urtheil des deutschen Volkes über individuelle Verdienste unter seiner Regierung sein mag, so kann es nicht bestreiten, daß der Kaiser nach besten Kräften sein Werk so wohl verrichtet, wie der ruhmreichste seiner Vorfahren. Vor weniger als einem Jahrhundert war Deutschland ein bloßer geographischer Begriff; der Kaiser hat einen mächtigen Staat daraus gemacht, der Dauer verspricht, und ein Volk geeinigt, dessen Genius und Geschichte es gespalten hatte. Die Krone Karl's des Großen hängt zu hoch für einen Hohenzollern, hieß es einstmals; allein der Kaiser hat jene zuversichtlichen Vorauszeichnungen Lügen gestraft und die Später zum Schweigen gebracht. Die Aufrichtigkeit und Unparteilichkeit des Kaisers waren es, welche das ganze Vaterland um ihn scharen ließen und ihm neue Macht und Würden einbrachten. Wel weiß er und Fürst Bismarck, daß dem Reiche noch immer Gefahren drohen, und daß das schwer Eklämpfte sorglich gehütet werden muß, und ist demselben daher die Kraft, welche es aus der Integrität und dem erhabenen Charakter des Kaisers schöpft, noch recht lange zu gönnen.“

Die Königin verließ in Begleitung der Prinzessin Beatrice und General Ponsonby's und der Lady Churchill kurz vor 10 Uhr morgens gestern Windsor-castle, um sich nach Baveno in Italien zu begeben. Um 12 Uhr traf der Zug in Portsmouth ein, wo der Hafenadmiral Hanshawne und der Commandant des südl. Militärdistrictes Prinz Edward von Sachsen-Weimar die Königin empfingen und an Bord der Yacht Victoria and Albert geleiteten. Eine Viertelstunde später dampfte die Yacht aus den Hafen, auf Steuerbordseite von der Yacht Alberta, auf der Backbordseite von der Yacht Galatea geleitet; außerhalb des Hafens schloß sich hinten die Admiraliitätsjacht Endantrieb an. Das Wetter war schlecht; Regen und Schnee fiel.

— Die radicalen pariser Blätter berichten über ein Banket, mit welchem die Commune-flüchtlinge in London unter dem Vorstege Jules Vallès' den Jahrestag des 18. März gefeiert haben. Von namhaften Communards haben an diesem Festmahl Longuet, der Schwiegersohn von Karl Marx, Paschal Grousset, Jourde, Theisz, Langevin, Bourrier, Combault, Joffrin ic. theilgenommen. Jules Vallès sagte in seiner Tischrede: „Ich habe die Ehre gehabt, in Paris in der letzten Sitzung der Commune den Vorstieg zu führen. Es gereicht mir also zur besondern Genugthuung, heute dasselbe Amt in dem ersten unserer Banquete zu versehen, in welchem man von der Commune mit Vertrauen und Hoffnung sprechen kann. Ich trinke auf die Wiederherstellung der socialistischen Partei, welche allein gegen die jetzige Gesellschaft Sturm läuft ohne Nachgiebigkeit, ohne Wanken, ohne Bündnisse.“ Theisz und Joffrin hielten ebenfalls Reden, in welchen sie den nahen Triumph der Commune ankündigten. Dem Banket wohnten auch mehrere „Damen von der Commune“ bei und auf dem Tische prangte als Auffaß ein großer Strauß von rothen Blumen.

Niederlande.

Der Verein von und für niederländische Industrie hat in einer Adresse den König gebeten, zur „Wahrung des nationalen Marktes der überseeischen niederländischen Besitzungen für die heimliche Production noch rechtzeitig Vorzorgmaßregeln treffen zu lassen“. Ebenso hat die Handelskammer von Rotterdam die Regierung ersucht, eine Staatscommission mit

Handelsschule und kaufmännische Hochschule zu Gera.

Am 17. April d. J. Beginn des 30. Schuljahrs. Allgemeine, fremdsprachliche (Engl., Französisch.) und handelswissenschaftliche Ausbildung junger (nicht unter 18 Jahre alt; Kurs: 3-Jährig) und Fortbildung älterer, aus den höheren Klassen der Gymnasien, Realschulen etc., oder aus der Kaufm. Praxis etc. kommender Zöglinge (Kurs: 2-Jährig, nur bei sehr guten Vorträgen weniger; für solche, die kein Reifezeugnis beanspruchen, in der oberen Abteilung der Ausbildung, der sog. Hochschule oder Selecta, akademische Einrichtung, auch semestrale Vergütung und Auswahl unter den Collegien). Die Reifezeugnisse der Ausbildung berechtigen zum 1 Jahr Freiwilligen-dienst in der deutschen Armee.

Über Schulbesuch aus In- und Ausland, Aufnahme, Lehrgang, Unterkunft etc. Näheres durch die Prospekte. — Gera, 15. Jan. 1879. (H. 0154.) [198—200]

Director Dr. Ed. Amthor.

Die Weser - Zeitung

Tägliche Ausgabe

Morgens u. Abends erscheinend.

35. Jahrgang.

Wochen-Ausgabe

Sonnabends erscheinend.

12. Jahrgang.

1879.

Durch interessante, von bedeutenden publicistischen Kräften gelieferte Leitartikel und andere Beiträge, rasch und zuverlässige Telegramme nimmt die "Weser-Zeitung" einen hervorragenden Platz in der deutschen Tagesliteratur ein.

Abonnementspreis M. 7 pro Quartal. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen.

Insertate finden in weitesten Kreisen, vorzugsweise des handelstreibenden und bestehenden Publikums, nachhaltige Verbreitung und werden mit nur 25 Pf. pr. Zeile berechnet. Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatt.

Anzeigen werden mit nur 30 Pf. pr. Zeile berechnet und finden hauptsächlich an überseitlichen Plätzen weiteste Verbreitung. [707—8]

Abonnements-Einladung.

auf die

Elberfelder Zeitung.

Mittag- und Abend-Ausgabe.

(Erscheint wöchentlich 12 Mal.)

Wir erlauben uns, zu rechtzeitigen Abonnementen für das zweite Quartal des Jahres 1879 einzuladen.

Die "Elberfelder Zeitung" ist in der Lage, durch die Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit des von ihr gebotenen Stoffes die sämtlichen Kreise ihrer Leser zu befriedigen. Durch ihre zahlreichen politischen Original-Correspondenzen und Telegramme ist sie in Stande, über alle wichtigen Tagesfragen in eingehender Weise und möglichst rasch Bericht zu erstatten. Zugleich wird sie es sich angelegen sein lassen, ihre Leser über die politische Lage durch gediegene Leitartikel von freisinnigem und nationalen Gesichtspunkten aus zu orientiren.

Dem provinzialen Theil der Zeitung wird die größte Aufmerksamkeit gewidmet. In allen Gegenden Rheinlands und Westfalens sind zu diesem Behufe zuverlässige Correspondenten gewonnen.

Wie bisher, wird die "Elberfelder Zeitung" auch ferner bestrebt sein, über außergewöhnliche Ereignisse durch besondere an Ort und Stelle gesandte Referenten ihren Abonnenten alles Wissenswerte zu bieten.

Im "Volkswirtschaftlichen Sprechsaal" der "Elberfelder Zeitung" finden die auf der Tages-Ordnung stehenden handelspolitischen und wirtschaftlichen Fragen seitens der zunächst Beteiligten eine allzeitige Beleuchtung.

Das Feuilleton wird in der Mittags-Ausgabe größere Erzählungen aus der Feder unserer besten Schriftsteller veröffentlicht, während das Abend-Feuilleton kleinere Erzählungen und zeitgemäße Rassüsse mannigfältigen Inhalts bringen wird.

Der Abonnementspreis der "Elberfelder Zeitung" beträgt für das Quartal in der Expedition hier und in Barmen (bei W. Langewiesche's Buchhandlung) Markt 6. 50 Pf., in U. Barmen Markt 6. 75 Pf., bei den Kaiserlichen Postämtern in Deutschland Markt 7. 75 Pf. Die Insertions-Gebühren betragen für die einspalige Zeile oder deren Raum 30 Pf. Reclamen werden pro Zeile mit 1 Markt, von Aktien-Gesellschaften ausgebend mit 2 Markt berechnet. Briefe werden franco erbeten.

Elberfeld, im März 1879.

Verlag der "Elberfelder Zeitung".

[690—91]

Das Hamburger Fremden-Blatt

(31ster Jahrgang)

erscheint allabendlich mit dem Neuesten des Tages auf allen Gebieten und gelangt noch mit den Abendposten zur Versendung.

Das "Fremden-Blatt" bringt außer politischen Telegrammen eine im entschieden höheren Sinne gehaltene Politik, Reichstag- und Landtag-Original-Correspondenzen, Concert- und Theater-Mémoires, Roman, unterhaltsame Novellen, Volksmärchen, die neuesten Local Nachrichten aus Hamburg und Altona, ferner die authentischen Handels- und Börsen-Nachrichten, Court-Richtungen etc. aus Hamburg vom selben Tage, Handels-Telegramme von auswärts, eine vollständige Uebersicht aller inländischen und ausländischen Handelsmitteln, Schiffsübersicht, Fremdenlist, Theaterzettel u. s. w. Das allmählich erscheinende Beziehungsblatt "Fortuna" erhalten die Abonnenten des "Fremden-Blattes" gratis.

Allen auswärts lebenden Hamburgern, ferner den mit Hamburg in Geschäftsbetrieb stehenden Deutschen und Ausländern, sowie auch den Inhabern von Hotels und grüneren Restaurants-Etablissements, Coffeys u. s. w. aller Länder sei das in Hamburg beliebte und stark verbreitete "Hamburger Fremden-Blatt" zum Abonnement bestens empfohlen.

Abonnements-Preis incl. Postausfließtag pr. Quartal M. 5.—.

Anzeigen, pr. Zeile 25 Pf., finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Probe-Exemplare auf Verlangen franco.

[688—87]

Berantwortlicher Redakteur: Prof. Dr. Karl Niedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Meine Wasserheilanstalt (vorm. Martiny) in Bad Liebenstein (Thüringen.)

ist eröffnet; billige Preise.

Dr. H. Hesse.

Abonnements-Einladung.

Die als "Gerstenberg'sche Zeitung" bekannte, täglich, außer Sonntags, in einem ganzen Bogen groß Folio, nebst Unterhaltungsblatt in einem halben Bogen Quartformat, erscheint.

Hildesheimer Allgemeine Zeitung und Anzeigen

liefert beim Quartalwechsel zum Abonnement (Preis vierteljährlich bei der Post 3 M. 75 Pf.) und zum Interessen (Preis für die Zeile Kleinstschrift 15 Pf.) ein.

Die Hildesheimer Allgemeine Zeitung vertritt die nationale und liberale Politik und hat sich stets als deren treuer Bündesgenosse bewährt.

Unser Blatt bietet, unterstützt von zahlreichen Mitarbeitern und Correspondenten, eines-theils vollständige, rasch und zuverlässige Nachrichten, vielfach durch täglich von ihm belegene Telegrame, über alle wichtigeren Ereignisse in der Stadt, der Provinz und deren Nachbarstaaten, wie in der deutschen und allgemeinen Politik, nebst ausführlichen und getreuen Originalberichten über die Verhandlungen der Reichs-, Landes- und Provinzial-Vertretungen u. s. w. — andertheils in Leitartikeln über die wichtigsten Tagesfragen eine umfassende Beurtheilung derselben nach den Grundzügen einer aufrecht stehenden Geschinnung und eines wohlkonservativen Liberalismus. Im wirtschaftlichen Theile finden sich, neben Kurzen und Marktberichten, mannglastige Nachrichten über Landwirthschaft, Gewerbe, Handel und das gesamte Verkehrsleben, sowie in einer besonderen Verlosungskiste als wöchentlicher Beilage die Listen der ausgelosten Aktionen, Obligationen u. s. w. Um unserm Ziele immer näher zu kommen, schenken wir keine Kosten; häufige Beilagen vereinfachen den von uns gebotenen Preisstoss, den eine sorgfältige Redaction sicher und bearbeitet.

Für die Unterhaltung ist durch tägliche Mittheilungen aus dem weiten Gebiete des Vermischten, und in dem täglich gratis beigegebenen

Unterhaltungsblatt

durch spannende Novellen, sowie durch anregende und belehrende Artikel über Fragen und Ereignisse unserer Zeit reichlicher Stoff geboten.

So dürfen wir ohne Aufrührigkeit sagen, daß keine Zeitung in unserm Bezirk auch nur annähernd dasselbe leistet, wie wir. Unser Erfolg erblüht in dem festen Stamm alter und in der sich stetig vermehrenden Zahl neuer Freunde des Blattes; unsere Leistungen aber werden mit der Zunahme des Abonnementkreises zu wachsen fortfahren.

Bestellungen bitten wir mit Angabe des vollen Titels der Zeitung, die in der Post-Zeitung-Breitseite unter Nr. 1896 aufgeführt ist, oder mit der Benennung "Gerstenberg'sche Zeitung" baldigst zu bewirken.

[727—28]

Gebr. Gerstenberg.

ASTHMA und CATARRHE

Bestes Linderungs-mittel.

Cigarettes Espic

Depot in allen Apotheken.

[100g.]



In allen Buchhandlungen zu haben:

Geschäftsman

oder 400 Anweisungen zur Habilitation vieler Handels-Artikel, 1) Künstliche Weine, Rum, Aquavite, Essig, 2) Delikatessewaren, Extrakte, 3) Chocoladen, Hosen, Musterbücher, Stiefelwischen, 4) 36 Geheimmittel, als Universalkässe, Leichtdorpskäse, Eisencräfte, Sichtpapier, Schwedische Lebendessenz u. s. w. Von Mr. Simon.

Zwölftes Aufl. 3 M.

Bei Otto Klemm in Leipzig vorrätig. Ernst'sche Buchhandlung, Quedlinburg.

Carl Heymann's Verlag, Berlin W. Mauerstraße 63—64—65. Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das Strafverfahren

nach der Deutschen Strafprozeß-Ordnung vom 1. Februar 1877. Dargestellt von Neves, Appell.-Gen.-Rath. Preis dr. M. 4.—.

Der Verfasser bietet in diesem Buch eine kurze, prägnante, die einzelnen Bestimmungen der Strafprozeß-Ordnung systematisch zusammenfassende Darstellung des von 1. October d. J. an geltenden Strafverfahrens, indem er den Gang desselben durch die verschiedenen Instanzen: Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht und Reichsgericht, verfolgt und an zahlreichen Beispielen anschaulich und erklärt.

[754]

Familien-Nachrichten.

Getraut: Dr. Ferdinand Pötzsch in Böhmen Nossen mit Frau Auguste Hamann.

Geboren: Hrn. Lehrer A. Vanhy in Dresden eine Tochter. — Hrn. Franz Bernhard in Dresden eine Tochter. — Hrn. Oskar Höhle in Frankenberg eine Tochter. — Hrn. Arno Biehnert in Görlitz eine Tochter.

Geforben: Frau Marie verw. Dreßel, geb. Richter, in Freiberg. — Frau Clara Auguste Hölzl, geb. Haan, in Hainewalde.

— Hr. Gustav Eduard Heydemann in Bautzen. — Hr. Dr. med. Johann Ernst Kanig in Weissenberg. — Dr. Producten-händler August Kohlmann in Leipzig. — Dr. Lehrer W. Richard Kolditz, aus Leipzig, in Grimma. — Frau Bertha verw. Ufer, geb. Thiele, in Roth-Borwick bei Freiberg.

